

11
102
1004

Leibniz
Universität
Hannover

Herausgegeben durch das Geodätische
Institut der Leibniz Universität Hannover

In Da LE

Innovative Ansätze der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen

Lernen von Erfahrungen anderer
europäischer Länder für Deutschland

Gefördert durch:



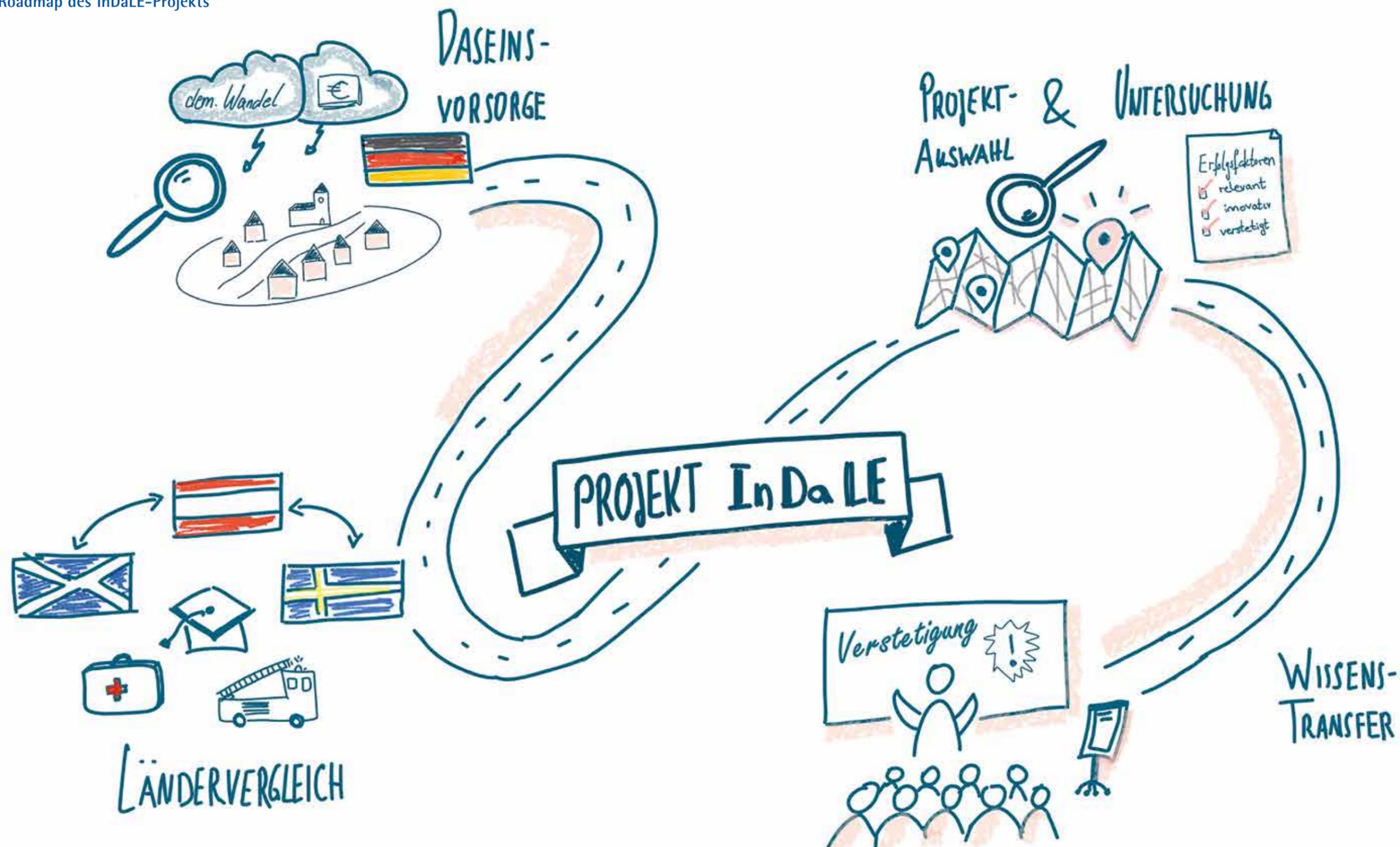
aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Rainer Danielzyk
Ingo Mose
Annett Steinführer
Winrich Voß
Alexandra Weitkamp
Jörn Bannert
Andreas Ortner
Barbara Warner
Alistair Adam Hernández
Alexandru Brad
Juliane Freyboth
Alice Gebauer
Carla Rutsch
Christin Schellworth
Nathalie Tent

Innovative Ansätze der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen

Lernen von Erfahrungen anderer
europäischer Länder für Deutschland

ILLUSTRATION:
Roadmap des InDaLE-Projekts



© Lindemann, Sandra

Mitwirkende des
InDaLE-Projekts:





© Alexandra Bied, Trüben-Institut

Weg nach Gerling (Salzburger Land, Österreich)

Inhalt

1. Warum diese Forschung?	8
1.1 Worum es geht	10
1.2 Wer wir sind	12
1.3 Unser Projektbeirat	13
2. Wie sind wir vorgegangen?	14
2.1 Unsere Schlüsselbegriffe	16
2.2 Unsere Methodik: Projektauswahl und Datenanalyse	22
3. Was haben wir untersucht?	24
3.1 Steckbriefe der untersuchten Daseinsvorsorgebereiche	26
Nachschulische Bildung	26
Medizinische Versorgung und Pflege	28
Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	29
3.2 Steckbriefe der Untersuchungsländer	32
Deutschland	33
Österreich	33
Schottland	35
Schweden	37
3.3 Steckbriefe der untersuchten Projekte	38
4. Was haben wir herausgefunden?	44
4.1 Unsere zentralen Ergebnisse	46
4.2 Unsere Thesen zur erfolgreichen Verstetigung von Modellprojekten	54
4.3 Unsere Handlungsempfehlungen	58
Nachschulische Bildung	59
Medizinische Versorgung und Pflege	60
Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr	63
Vertiefende Informationen und zitierte Literatur	64

1. Warum diese Forschung?



1.1 Worum es geht

Das Forschungsprojekt InDaLE (Innovative Ansätze der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen – Lernen von Erfahrungen anderer europäischer Länder für Deutschland) untersuchte innovative Ansätze der Daseinsvorsorge in Österreich, Schweden, Schottland sowie Deutschland und prüfte deren Übertragbarkeit bzw. Anwendbarkeit auf ländliche Räume in Deutschland. Die Analyse von Erfahrungen im europäischen Ausland zur Anpassung von Infrastrukturen wird für die Entwicklung innovativer Ansätze in Deutschland genutzt und kann neue Lösungen bieten.

Viele ländliche Räume Deutschlands befinden sich aufgrund der Folgen des demografischen und sozialen Wandels, insbesondere langjähriger Abwanderung von Jüngeren und der Alterung der in den Regionen Verbleibenden, vor wachsenden Herausforderungen. Um diesen zu begegnen, werden innovative Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge gefordert. Von großem Interesse ist dabei die Frage, wie solche innovativen Ansätze konkret aussehen und wie sie in Deutschland verstetigt und somit dauerhaft angeboten werden können.

Solche innovativen Ansätze beruhen häufig auf sozialen Innovationen. Nach Wolfgang Zapf sind damit „...neue Wege, Ziele zu erreichen, insbesondere neue Organisationsformen, neue Regulierungen, neue Lebensstile“ (Zapf 1989: 177) gemeint.

Welche Kriterien für eine erfolgreiche Verstetigung eines innovativen Ansatzes sprechen oder durch welche Erfolgsfaktoren diese positiv beeinflusst wird, ist seit vielen Jahren Gegenstand von Forschungen, ohne dass dazu bislang eine Übereinkunft erzielt werden konnte.

InDaLE suchte zunächst in den Untersuchungsländern Österreich, Schottland und Schweden nach Modellprojekten, die innovative Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge aufweisen und gleichzeitig als verstetigt gelten. Im zweiten Schritt wurden vergleichbare Modellprojekte in Deutschland identifiziert.

Im Fokus des Forschungsprojekts standen drei Bereiche der Daseinsvorsorge, die in anderen europäischen Ländern besondere Qualitäten aufweisen:

-  Nachschulische Bildung, über deren Effekte für die Regionalentwicklung in Deutschland bislang wenig fundierte Erfahrungswerte vorhanden sind,
-  Medizinische Versorgung und Pflege, die in besonderem Maße für die Lebensqualität und das Wohlbefinden in unterschiedlichen Lebensphasen in ländlichen Räumen steht,
-  Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr, deren über Jahrzehnte selbstverständliche Gewährleistung durch Freiwillige Feuerwehren vor Ort sich vor allem in Abwanderungs- und Altersregionen auflöst.

Das Forschungsprojekt InDaLE (Laufzeit: 2020–2022) wurde in Kooperation von fünf Universitäten und Forschungseinrichtungen bearbeitet. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Übersicht über die Mitwirkenden und die jeweiligen Aufgabenbereiche.



© Alexandru Brad, Thünen-Institut

Tallandschaft bei Saalfelden (Salzburger Land, Österreich)

1.2 Wer wir sind



Mitarbeiter:innen des InDaLE-Projekts

TABELLE 1:
Das InDaLE-Projektteam

Institution	Mitwirkende	Verantwortlichkeiten
Leibniz Universität Hannover, Geodätisches Institut	Prof. Dr. Winrich Voß, Alice Gebauer, Dr. Jörn Bannert	Projektkoordination; konzeptionelle Bearbeitung von Fragen der Verstetigung und Übertragbarkeit; Wissenstransfer
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, AG Angewandte Geographie und Umweltplanung	Prof. Dr. Ingo Mose, Nathalie Tent	Nachschulische Bildung; Länderverantwortlichkeit Schottland
Technische Universität Dresden, Geodätisches Institut	Prof. Dr. Alexandra Weitkamp, Dr. Andreas Ortner, Juliane Freyboth	Medizinische Versorgung und Pflege; Länderverantwortlichkeit Schweden
Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen, Braunschweig	Dr. Annett Steinführer, Dr. Alexandru Brad	Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr; Länderverantwortlichkeit Österreich
ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Hannover	Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Dr. Alistair Adam Hernández, Dr. Barbara Warner	Verantwortlichkeit Modellprojekte in Deutschland; Wissenstransfer

1.3 Unser Projektbeirat

TABELLE 2:
Mitglieder InDaLE-Projektbeirat

Beiratsposten	Name	Institution während Projektbearbeitung
Deutschland	Dr. Anne Ritzinger	Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung
Deutschland	Dr. Jan Swoboda	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deutschland	Dr. Ludwig Scharmann	Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung
Deutschland	Klaus Einig	Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Schleswig-Holstein, seit 2022 BBSR
Deutschland	Prof. Dr. Claudia Neu	Lehrstuhl Soziologie ländlicher Räume an den Universitäten Göttingen und Kassel
Deutschland	Dr. Jan M. Stielike	Institut für Geodäsie und Geoinformation an der Universität Bonn
Österreich	Dr. Ingrid Machold	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen
Schottland	Stefan Kah	European Policies Research Centre an der Universität Strathclyde Glasgow
Schweden	Assoc. Prof. Dr. Josefina Syssner	Centre for Local Government Studies an der Universität Linköping
Niederlande	Prof. Dr. Dirk Strijker	Chairholder Mansholtchair for Rural Development an der Universität Groningen



Projektbeirat und InDaLE-Team 2022

2. Wie sind wir vorgegangen?



2.1 Unsere Schlüsselbegriffe

Die Zielsetzung und internationale Ausrichtung des InDaLE-Projekts erforderte ein gemeinsames Verständnis zentraler Begriffe. Grundlage hierfür war eine ausführliche Literaturrecherche (national und international). Für InDaLE wurden folgende Fachbegriffe definiert: „Projekt“, „Verstetigung“ und „Übertragbarkeit“.

Auf Grundlage einer ausführlichen Literaturrecherche war zunächst eine Definition von „Projekt“ zu erarbeiten, die im weiteren Verlauf des Forschungsprojekts angewendet wurde:

Ein Projekt bezeichnet ein (im Ursprung) zeitlich und sachlich begrenztes, regionales oder lokales Vorhaben zur Erprobung neuartiger Ideen, Entwicklungen und Verfahren für die Sicherung von Leistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge.

Ein weiterer Schlüsselbegriff war jener der „Verstetigung“. Das InDaLE-Team hat dafür auf Grundlage einer umfänglichen Literaturrecherche die nachfolgenden Kriterien bestimmt:

- Ein verstetigtes Projekt trägt sich finanziell eigenständig über den Förderzeitraum hinaus.
- Es kann in verschiedenen Dimensionen oder Wirkungsbereichen verstetigt werden (siehe Abbildung 1).
- Es kann sich während der Förderperiode weiterentwickeln und beispielsweise nach Förderende eine andere Organisationsform oder -struktur aufweisen als zu Beginn der Förderperiode.

Hieraus wird die folgende Definition von Verstetigung von Projekten abgeleitet:

Als verstetigt gelten Projekte, Projektstrukturen oder angestoßene Veränderungen, die sich nach einem eventuellen Förderzeitraum mindestens zwei Jahre erfolgreich aufrechterhalten. Die Projektleistungen

werden der Zielgruppe weiterhin zur Verfügung gestellt und von dieser nachgefragt. Dabei kann sich die Form des Projekts dynamisch verändern und die Verstetigung in verschiedenen inhaltlichen Dimensionen (oder Wirkungsbereichen) stattfinden.

Innovative Ansätze können ebenfalls als verstetigt angesehen werden, wenn sie sich in der Fläche ausbreiten, d.h. beispielsweise von anderen Regionen oder Ländern übernommen und erfolgreich angewendet werden.

Im Zuge der Literaturrecherche zu Verstetigung konnten Faktoren identifiziert werden, die fördernd oder hemmend bei der Verstetigung wirken (Hernández Et Schneider 2021). Die einzelnen Faktoren lassen sich unterschiedlichen Dimensionen oder Wirkungsbereichen zuordnen, in denen sich ein Projekt verstetigen kann. Im InDaLE-Projekt haben wir folgende Wirkungsbereiche unterschieden (vgl. Abbildung 1):

- inhaltlicher Wirkungsbereich
- organisationsstruktureller Wirkungsbereich
- politisch-administrativer Wirkungsbereich
- finanzieller Wirkungsbereich

Beim finanziellen Wirkungsbereich steht die finanzielle Tragfähigkeit eines Projekts im Fokus. Ein nachhaltiges Finanzierungskonzept, das frühzeitig zu Beginn der Förderung aufgestellt wird und die Finanzierung nach Förderende in den Blick nimmt, ist ein solcher Erfolgsfaktor. Der inhaltliche Wirkungsbereich umfasst den Erhalt des inhaltlichen Outputs eines Projekts bzw. der inhaltlichen Projektgegenstände oder -ziele.

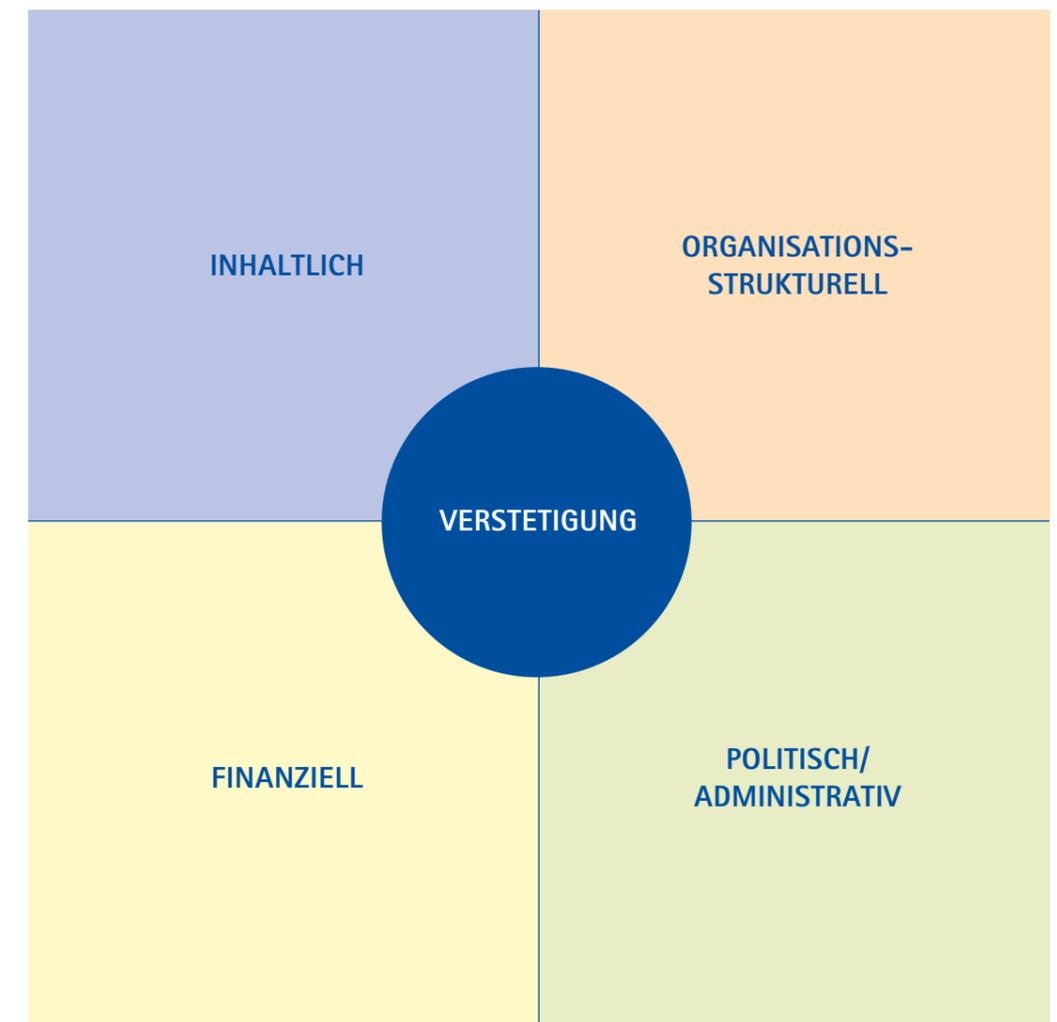
Die meisten Einflussfaktoren, die den Erfolg oder Misserfolge eines Projekts bestimmen, lassen sich für den organisationsstrukturellen Wirkungsbereich identifizieren. Hier handelt es sich hauptsächlich um Faktoren, die die Organisation und die Arbeitsweise innerhalb eines Projekts betreffen. Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist zum Beispiel das Vorhandensein einer zentralen Schlüsselfigur, die eine leitende bzw. steuernde Funktion innerhalb des Projekts übernimmt und als Motivatorin für andere Mitwirkende vorangeht.

Der politisch-administrative Wirkungsbereich umfasst neben politischen Gremien und Akteuren auch Instanzen der Verwaltung und den gesellschaftlichen Diskurs, die das Projekt beeinflussen. Vorrangig steht dieser Wirkungsbereich für den Grad der Unterstützung, den das Projekt von Seiten gesellschaftlicher und politischer Akteure erfährt.

In der Abbildung 2 sind die Wirkungsbereiche mit ihren Erfolgsfaktoren zusammenfassend visualisiert.

ABBILDUNG 1:
WIRKUNGSBEREICHE (DIMENSIONEN) DER VERSTETIGUNG

(Eigene Darstellung)





Feuerwehrumkleide im Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen (Österreich)

© Alexandru Brad, Thüringen-Institut

ABBILDUNG 2:
Erfolgsfaktoren für Verstetigung und ihre Zuordnung zu Wirkungsbereichen
(Eigene Darstellung)

BEGÜNSTIGENDE VORAUSSETZUNGEN:

• **PROJEKT DESIGN:**

Verstetigung zu Beginn mitdenken

Klare Projektziele definieren

• **ORGANISATION:**

Partner:innen und Netzwerke bereits anfragen

Flexibilität und Ergebnisoffenheit für die Umsetzung mitplanen

WIRKUNGSBEREICH 1: INHALTLICH	
Flexible Umsetzung bei einer klaren Zielverfolgung	
	Erhalt der inhaltlichen Aspekte, Leistungen, Sicherstellung des beabsichtigten Nutzens
WIRKUNGSBEREICH 2: ORGANISATIONSSTRUKTURELL	
Projektkoordinator:in mit Steuerungsfunktion	
Einbindung in vorhandene Strukturen und Arbeitsweisen	
Integration mittels Stakeholdern und Schlüsselpersonen	
Akquise und Einbindung von Freiwilligen, Aus- und Aufbau eines (Fach-)Netzwerkes	
Begleitende Evaluation	
	Unentbehrlichkeit darstellen
Motivation und Expertise der Mitarbeiter:innen: Leadership, Integration, Ausbildung zur Erfüllung der Projektzwecke, -ziele und- aktivitäten, Wertschätzung	
	Schaffung neuer Organisationseinheiten, gesteigerte Reichweite des Projekts
WIRKUNGSBEREICH 3: POLITISCH-ADMINISTRATIV	
Einbindung der Kommunen, Unterstützung durch Politik und Verwaltung, gesellschaftliche Akzeptanz	
	Änderung der Wahrnehmung und Einbettung in den politischen Diskurs notwendig: kein „Sonderprojekt“, sondern notwendige Struktur und Ergänzung
WIRKUNGSBEREICH 4: FINANZIELL	
Herstellung einer finanziellen Tragfähigkeit, Erarbeitung eines nachhaltigen Finanzierungskonzepts	
Kostenminimierung	
Einbindung von bestehenden Ressourcen (bspw. Arbeitskräfte), Umverteilung von Ressourcen	Übergang in Regelfinanzierung des öffentlichen Trägers, Finanzierung durch Nachfrage; ökonomische Tragfähigkeit
Prüfung verfügbarer, alternativer Fördermittel	

VOR BEGINN

FÖRDERZEITRAUM

NACH DER FÖRDERUNG

Zur „Übertragbarkeit“ von Projekten sind in der Literatur keine allgemeingültigen Definitionen zu finden. In den meisten Quellen wird betont, dass die Übertragbarkeit eines Projekts von verschiedenen Rahmenbedingungen abhängt, die bei Übertragungsprozessen eine Rolle spielen können.

In der Fachliteratur werden jedoch zahlreiche Faktoren genannt, die einen Einfluss auf Übertragungsprozesse ausüben können. In der nachfolgenden Tabelle 3 werden die Einflussfaktoren zusammengefasst dargestellt und kategorisiert.

TABELLE 3:
Erfolgsfaktoren und Hemmnisse für die Übertragbarkeit
guter Lösungsansätze (z. B. in der Daseinsvorsorge)

(Eigene Darstellung)

Einflussfaktoren	Erfolgsfaktoren	Hemmnisse
Nationale Rahmenbedingungen		
Geografische Lage der beteiligten Staaten/ Regionen	Nähe (bedingt häufigeren Informationsaustausch, ähnlicher kultureller Hintergrund, gemeinsame Sprache, ähnliches politisches und ökonomisches System)	Distanz (bedingt häufig unterschiedliche kulturelle, politische und ökonomische Systeme)
Soziale Rahmenbedingungen	Übereinstimmung	keine Übereinstimmung
Finanzielle Rahmenbedingungen	ausreichend finanzielle Ressourcen	fehlende finanzielle Ressourcen
Politische Rahmenbedingungen	Unterstützung durch politische Akteure, politische Kontinuität	keine Unterstützung
Kulturelle Rahmenbedingungen	Anpassung an kulturelle Gegebenheiten	keine Anpassung
Entwicklungsstand/nationale Eigenheiten/Regelungen des Empfängerstaates in Bezug auf das zu übertragende Thema	hoher Entwicklungs- /Wissensstand, hoher Stellenwert des Themas des Übertragungsgegenstandes im nationalen Diskurs Berücksichtigung der Interessen und Bedarfe der Empfängerregion	niedriger Stellenwert mangelnder Nutzen für Empfängerregion
Projektbedingte Rahmenbedingungen		
Charakteristika der ausführenden/beteiligten Einrichtungen	offene Struktur, Motivation der beteiligten Akteure, ausreichend personelle Ressourcen, Interdisziplinarität der Führungsperson/-gruppe, gemeinsamer Handlungsdruck, gleiche Zielvision, Nutzen für alle Akteure, kein Konkurrenzdenken, Vertrauen, Engagement, Flexibilität, klare Definition der Zuständigkeiten, Unterstützung durch Leitungsebene, Unterstützung durch externe Partner, Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit, ausreichende finanzielle und zeitliche Ressourcen, schon vorhandene Infrastruktur als Grundlage, Kompetenz	Institutionelle Unterschiede, Informationsmangel/ nicht ausreichender Kenntnisstand zum neuen Konzept und seinen Umgebungsstrukturen, fehlender Kümmerer, eigene Partikularinteressen, mangelnde Verbindlichkeit, Konkurrenz, Misstrauen, Neuartigkeit des Konzepts als Implementierungsrisiko: mangelnde Risikobereitschaft, mangelnde Partizipation, Vernetzung, fehlende Zuständigkeiten, Mangel an Ressourcen
Charakteristika der Projekteinhalte	Formulierung des Bedarfs/ einfaches Konzeptdesign, direkte Verbindung zwischen Bedarf und Lösung, Flexibilität der zu übertragenden Elemente	Komplexität der zu übertragenden Elemente, zu viele Ziele

Durch die in der Literatur gesammelten Einflussfaktoren auf Übertragungsprozesse wurde folgende Definition von „**Übertragbarkeit**“ formuliert:

Übertragbarkeit meint den gezielten Transfer von bereits erprobten innovativen Konzepten und Ideen sowie Projektansätzen und -aspekten von einer Region

oder einem Land in andere Regionen oder Länder. Die Übertragbarkeit entspricht der Machbarkeit vor Ort. Die Machbarkeit hängt von verschiedenen Faktoren ab, die entweder dem Untersuchungsgegenstand innewohnen oder durch regionale bzw. nationale Rahmenbedingungen gegeben sind.



Landwirtschaftlicher Betrieb (Gotland, Schweden)

2.2 Unsere Methodik: Projektauswahl und Datenanalyse



Landschaft auf der Insel Skye (Schottland)

Für die Vorauswahl innovativer Projekte in den Untersuchungsländern legte das InDaLE-Team folgende Kriterien fest:

- Relevanz für den Daseinsvorsorgebereich in Deutschland muss gegeben sein,
- Innovationscharakter muss vorhanden sein,
- Projekt muss mindestens zwei Jahre nach Laufzeit- oder Förderende weiterbestehen,
- Ziele oder Veränderungen, die durch das Projekt umgesetzt oder entstanden sind, sind mindestens zwei Jahre nach Laufzeit- oder Förderende etabliert oder anerkannt.

Die Projekte der Vorauswahl wurden anschließend einer Nutzwertanalyse unterzogen. Diese lieferte eine

Reihenfolge für die finale Auswahl der Projekte pro Daseinsvorsorgebereich in den Untersuchungsländern. In die Nutzwertanalyse flossen folgende Kriterien ein:

- Einbindung in vorhandene Strukturen
- Finanzierungsmodell
- Relevanz für die Daseinsvorsorge in Deutschland
- Innovationscharakter
- gesteigerte Reichweite

Für die auf dieser Basis bewerteten und ausgewählten Projekte wurden mit Hilfe unterschiedlicher Methoden vielfältige Daten und Informationen erhoben (vgl. Abbildung 3).

ABBILDUNG 3:
Untersuchungsraster InDaLE
(Eigene Darstellung)

Kontext		Datenerhebung
(Sozial-)räumliche Einbettung	– Raumstruktur – Trends und Herausforderungen	– gemeinsamer Pool aus Daten und Recherchen
Bereich der Daseinsvorsorge	– Governancestrukturen – wohlfahrtstaatliches Modell	– Dokumentenanalyse – Literaturstudium – Interviews mit Expert:innen
Projekte		
Erprobung und Innovationscharakter	– innovativer Ansatz	– Interviews mit Personen aus Projektumfeld – Dokumentenrecherche
Projektverlauf und Verstetigung	– vor und nach Förderzeitraum – Wirkungsbereiche	– Interviews mit Projektbeteiligten – Fragebogen zum Nutzwert
Analyse		Datenanalyse
Übertragbarkeit auf Deutschland	– unterschiede und Ähnlichkeiten des ausländischen Beispiels im Vergleich zum deutschen Kontext – Barrieren und Adaption	– gemeinsame Auswertung

Das Untersuchungsraster beinhaltet unterschiedliche Kriterien, um den Rahmenbedingungen der Projekte auf gesellschaftlicher Ebene und in ihrem Umfeld gerecht zu werden.

87 leitfadengestützte Interviews wurden mit verschiedenen Personengruppen aus den Modellprojekten in den Untersuchungsländern durchgeführt.

Die Auswertung und Interpretation der leitfadengestützten Interviews erfolgte auf Basis eines projekteigenen Kodierhandbuchs, das unter anderem auf die Identifizierung von Erfolgs- und Hemmfaktoren für eine erfolgreiche Verstetigung in den untersuchten Projekten abzielte (vgl. Tabelle 3).

Die Ergebnisse aus der Literaturrecherche und den leitfadengestützten Interviews wurden fortlaufend durch den Projektbeirat, bestehend aus nationalen und internationalen Fachexpertinnen und Fachexperten (vgl. Tabelle 2), einer Validierung unterzogen.

3. Was haben wir untersucht?



3.1 Steckbriefe der untersuchten Daseinsvorsorgebereiche



Campus der University of the Highlands and Islands auf der Insel Skye (Schottland)

Nachschulische Bildung

Nachschulische Bildung wird definiert als „Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluss einer unterschiedlich ausgedehnten ersten Bildungsphase“ (InfoWeb Weiterbildung o.J.). Es wird einerseits unterschieden zwischen Hochschulbildung, beruflicher, allgemeiner und politischer Weiterbildung (BMBF o.J.) und andererseits zwischen formaler (auf einen Abschluss ausgerichteten), non-formaler (fortbildender) und informeller (alltäglicher) Bildung (Eurostat 2016: 14f.). In der EU wird seit den 1970er Jahren dem sogenannten Lebenslangen Lernen wachsende

Bedeutung beigemessen. Dieses Konzept versteht Lernen als einen fortwährenden Prozess über die gesamte Lebensspanne hinweg, der chancengleich, aber dennoch individuell auf jeden einzelnen Menschen ausgerichtet sein soll (Europäische Kommission 2001: 10).

In **Deutschland** liegen die Legislative und Administration der höheren sowie der Erwachsenen- und Weiterbildung fast ausschließlich in der Verantwortung der Bundesländer. Zusätzlich werden sogenannte „Gemeinschaftsaufgaben“ festgelegt, in denen Bundesregierung und Länder kooperieren (Eurydice 2022). Ein gleichberechtigter Zugang zu hochwertigen Lernangeboten wird von deutschen Kommunen als Teil einer

dezentralen Daseinsvorsorge begriffen (Andrzejewska et al. 2012: 17). In **Schottland** werden sämtliche Aspekte des nationalen Bildungswesens dezentral durch die schottische Regionalregierung verantwortet. Die legale Grundlage besteht in einer Reihe von Education (Scotland) Acts, in denen die Organisation, Verwaltung und Zuständigkeiten des nationalen Bildungssektors geregelt sind. Sie sehen u.a. eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Zentral- und Lokalregierungen und die Einbeziehung lokaler Partner in Planungsprozesse und deren Umsetzung vor (Pilz 2010: 22f.). Gesamtverantwortlich und richtungsweisend für die nationale Bildung **Schwedens** ist die schwedische Regierung. Im Bildungs- und Hochschulbildungsgesetz sind übergeordnete Lernziele festgeschrieben, deren Umsetzung durch die Kommunen und Institutionen tertiärer Bildung relativ autonom zu planen, zu realisieren und zu evaluieren ist. Die Kommunen sind gesetzlich zur Bereitstellung einer grundlegenden kommunalen Erwachsenenbildung verpflichtet (Eurydice 2022b).

Die Institutionen formaler nachschulischer Bildung sind in allen drei Ländern vielfältig und umfassen jeweils u.a. staatliche oder private Universitäten, Fach- und Kunsthochschulen sowie unabhängige oder in Unternehmen eingebettete Institutionen für Hochschul- und Berufsbildung. Institutionen der non-formalen Weiterbildung umfassen in **Deutschland** u.a. kommunale Institutionen (z.B. Volkshochschulen), private und kirchliche Institutionen, Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammern, Parteien, Vereine, Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung, Bildungszentren sowie spezielle Akademien und Fachschulen (Eurydice 2022a: o.S.). In **Schottland** kann öffentliche Erwachsenenbildung u.a. im Rahmen des Erwerbs zertifizierter beruflicher Qualifikationen (Scottish Vocational Qualifications) erfolgen. Anders als in Deutschland verläuft die Grenze zwischen einer ersten beruflichen (Aus-)Bildung und Weiterbildung in Schottland fließend (Pilz 2010: 36, 43f.). In Kooperation mit Unternehmen werden in **Schweden** neben Ausbildungen auch kürzere, an den Arbeitsmarkt angepasste Kurse für höhere berufliche Bildung angeboten und formal zertifiziert. Neben der kommunalen Erwachsenenbildung bieten hier außerdem Volkshochschulen, Studienverbände sowie private Anbieter diverse non-formale Bildungsangebote an (OECD 2000: 27-31; 41f.).

Mit wenigen Ausnahmen werden die öffentlichen Institutionen höherer Bildung in **Deutschland** durch die Bundesländer finanziert, wobei ihnen benötigte Mittel

durch das Bildungs- bzw. Wissenschaftsministerium zur Verfügung gestellt werden. Bedürftige können unter bestimmten Voraussetzungen eine staatliche finanzielle Unterstützung zur anteiligen Deckung der Kosten beantragen (Eurydice 2022a: o.S.). In **Schottland** ist seit seiner Gründung im Jahr 2005 der Scottish Further and Higher Education Funding Council (kurz Scottish Funding Council) für die öffentliche Finanzierung von beruflicher und tertiärer Bildung an Hochschulen und Universitäten zuständig. Die öffentlich geförderte Organisation Scottish Enterprise stellt finanzielle Mittel für berufliche Aus- und Weiterbildung bereit (Pilz 2010: 25f.). Sowohl für öffentliche höhere Bildung als auch für Berufsausbildungen fallen für Staatsbürger:innen in **Schweden** keine Studiengebühren an. Akkreditierte Institutionen tertiärer Bildung werden direkt aus staatlichen Mitteln des Ministeriums für Bildung und Forschung finanziert, während kommunale Bildungsgelder größtenteils aus Steuereinnahmen der Kommunen stammen. Schwed:innen bis 56 Jahre haben ein Anrecht auf unterstützende Stundendarlehen für akkreditierte postsekundäre Bildung (Eurydice 2022b: o.S.).

Herausforderungen in ländlichen Räumen

Die formalen höheren Bildungsstätten Europas sind traditionell durch vereinheitlichte Bildungskonzepte gekennzeichnet, deren Fokus auf städtischen Räumen liegt (Arbo & Bennenworth 2007: 21). Dies stellt noch immer eine Barriere für die Bedarfsdeckung von nachschulischer Bildung in ländlichen Räumen dar (Batterbury & Hill 2004: 38-40). Konkret wird der Zugang zu Bildung dort durch individuelle und finanzielle Hürden, oftmals fehlende Verkehrsinfrastrukturen und angesichts der fortschreitenden Digitalisierung durch eine zum Teil unzureichende Internetanbindung erschwert (Macintyre & Macdonald 2011: 3, 8, 11). Angesichts mangelnder regionaler Bildungs- und Arbeitsangebote verlassen so in vielen Ländern insbesondere junge Menschen ihre ländlichen Heimatregionen (Mose 2022: 45). Dadurch gehen (potenzielle) Kompetenzen und Wissen auf lokaler Ebene verloren, während demografische Entwicklungen einer alternierenden Bevölkerung sich weiter verstärken. An lokale Bedürfnisse angepasste Aus- und Weiterbildungen und eine regional verankerte Wissensvermittlung werden daher als wichtig für den wirtschaftlichen Wohlstand und die Entwicklung einer (ländlichen) Region eingestuft, auch indem sie als innovationsfördernd gelten.

Medizinische Versorgung und Pflege

Medizinische Versorgung und Pflege gehören zu den Kernbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge und weisen ein breites Spektrum auf. Sie umfassen zum einen die allgemeinärztliche sowie fachärztliche Versorgung der Bevölkerung sowie die stationäre Betreuung in Krankenhäusern und Fachkliniken. Zum anderen fällt auch die ambulante und stationäre Pflege der älteren Bevölkerung in diesen Aufgabenbereich. Aufgrund der großen Breite des Daseinsvorsorgebereichs handelt es sich bei der medizinischen Versorgung und Pflege um Leistungen, die früher oder später von jedem Menschen in Anspruch genommen werden. Vor diesem Hintergrund hat die Qualität dieser Leistungen einen umso größeren und unmittelbaren Einfluss auf die Lebensqualität der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger.

In **Deutschland** ist auf Bundesebene das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) für die Gestaltung der Gesundheitspolitik verantwortlich, hier werden Gesetze vorbereitet und Verwaltungsvorschriften erarbeitet (BMG 2022). Spezialisierte Institutionen sowie Behörden unterstützen diese Arbeit und befassen sich mit übergeordneten Fragestellungen der Gesundheitspolitik. Diese erarbeiten unter anderem Empfehlungen zur Zulassung von Arzneimitteln oder Behandlungsmethoden. Darauf aufbauend ergeben sich die staatlichen Vorgaben sowie der Rahmen für die medizinische Versorgung durch Bund, Länder und Kommunen.

Schwedens Gesundheitssystem wird national geregelt, jedoch lokal verwaltet. Die grundärztliche Gesundheitspolitik wird durch das Ministerium für Gesundheit und Soziales festgelegt. Die Provinzen und Gemeinden finanzieren und leisten die Gesundheitsdienste. Dabei erfolgt die Finanzierung über Steuer-

gelder. Im Gesundheitssystem Schwedens gelten drei Grundprinzipien: Alle Menschen haben den gleichen Anspruch auf Würde sowie die gleichen Rechte, unabhängig von ihrer Stellung in der Gemeinschaft (Menschenwürde). Die Bedürftigsten werden vorrangig behandelt (Not und Solidarität). Wenn Entscheidungen getroffen werden müssen, soll ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Kosten und Nutzen bestehen, wobei die Kosten im Verhältnis zur Verbesserung der Gesundheit gesehen werden (Kosteneffizienz) (The Commonwealth Fund 2020).

Das Gesundheitssystem in **Österreich** ist öffentlich organisiert. Dabei sind Bund, Länder und Gemeinden sowie die Sozialversicherung und gesetzliche Interessenvertretungen für Teilbereiche des Gesundheitswesens zuständig (GESUNDHEIT.gv.at, 2019). Der Bund ist allgemein für die Gesetzgebung (im Spitalsbereich nur für die Grundsatzgesetzgebung), die Gesundheitsberufe und das öffentliche Gesundheits- und Arzneimittelwesen zuständig. Die Ausführungsgesetzgebung sowie die Sicherstellung der Spitalversorgung ist Angelegenheit der Länder.

Zudem wird auch die Gesundheitsverwaltung von den Ländern wahrgenommen und organisiert. Hierbei unterstützen die Gemeinden. Finanziert wird das Gesundheitssystem über einen Mix aus steuerfinanzierten öffentlichen Geldern, Sozialversicherungsbeiträgen und privaten Zuzahlungen. Die Finanzierung des Gesundheitssystems erfolgt nach dem Solidarprinzip (Einkommen, Alter usw. spielen keine Rolle) und garantiert somit einen gerechten Zugang zu Gesundheitsleistungen (GESUNDHEIT.gv.at, 2019).

Herausforderungen in ländlichen Räumen

Insbesondere in ländlichen Räumen gibt es große Herausforderungen bei der medizinischen Versorgung und Pflege. So entsteht bspw. bei einer alternden Bevölkerung ein höherer Pflegebedarf, verbunden mit dem Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben im Alter (An der Heiden et al. 2012). Häusliche Pflege und ambulante Pflegedienste sind hier gleichermaßen gefragt, dazu gute Pflegeberatung und Pflegeinformation zur Verfügung zu stellen. Bei abnehmenden Zahlen der erwerbstätigen Bevölkerung sind jedoch Defizite in der Finanzierung der Leistungen und überlastete kommunale Haushalte absehbar.

Niedergelassene Hausärzt:innen in ländlichen Räumen weisen zudem oft ein hohes Durchschnittsalter auf, und jüngere Ärzt:innen empfinden eine Tätigkeit in ländlichen Räumen zunehmend als unattraktiv (höhere Arbeitsbelastung und unterdurchschnittliche Verdienstmöglichkeiten) (Winter 2020: 304-306). Die mangelnde Nachbesetzung freierwerdender Arztpraxen führt zu einem Allokationsproblem in der ärztlichen Versorgung zu Ungunsten der Regionen („Landarztproblematik“) (Schade 2012). Zurückgehende Gesundheitseinrichtungen in der Fläche führen zu langen Wegen für die Patient:innen, was zu Versorgungsdefiziten führt, die sich auf den hausärztlichen Bereich beziehen. Dies gilt auch für die Erreichbarkeit von Apotheken und Krankenhäusern. Im Bereich der medizinischen Versorgung und Pflege werden dringend zielführende Lösungen benötigt.

Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

Der Daseinsvorsorgebereich Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr besteht aus drei Aufgabenbereichen: Brandschutz und technische Hilfeleistung (in der Verantwortung der Feuerwehren), Katastrophenschutz (in der Koordinierung des Staates) und Rettungsdienste verschiedenster Art (gewährleistet durch Hilfs- und Rettungsorganisationen) (Stielike 2018: 290 ff.). Die im Mittelpunkt von InDaLE stehenden Freiwilligen Feuerwehren sind vor allem in den ersten beiden Bereichen tätig. Das Aufgabenspektrum der Feuerwehren geht dabei weit über den vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz hinaus und umfasst eine Vielzahl und Vielfalt technischer Hilfeleistungen (z.B. Bergung verunfallter Fahrzeuge, Hilfeleistung bei Überschwemmungen) und in manchen Bundesländern in Deutschland darüber hinaus die Notfallversorgung im Rettungsdienst.

In **Deutschland** gibt es fünf Arten von Feuerwehren: Freiwillige Feuerwehren, Berufsfeuerwehren, Werkfeuerwehren, Pflichtfeuerwehren und Bundeswehrfeuerwehren. 95 Prozent der deutschen Feuerwehrangehörigen engagieren sich ehrenamtlich (Steinführer & Brad 2022: 132). Freiwillige Feuerwehren sind flächendeckend in ländlichen Regionen etabliert, Berufsfeuerwehren werden nur in den Großstädten betrieben, in einigen Mittelstädten gibt es hauptamtliche Wachbereitschaften. Laut den Brandschutzgesetzen aller Bundesländer ist die Aufrechterhaltung, Aus- und



Landambulatorium in Neuhardenberg (Märkisch-Oderland Deutschland)



Historisches Feuerwehrgerätehaus in Jahnsfelde (Märkisch-Oderland, Deutschland)

Weiterbildung, Finanzierung und Ausrüstung einer Feuerwehr sowie die Erstellung eines Feuerwehrbedarfsplans eine kommunale Pflichtaufgabe. Über die Feuerschutzsteuer, den kommunalen Finanzausgleich und andere Sondermittel erhalten Kommunen finanzielle Unterstützung vom Land unter anderem für bauliche Investitionen und den Kauf von Geräten. Zur Unterstützung der Aus- und Weiterbildung betreibt das jeweils zuständige Fachministerium jedes Bundeslandes (i.d.R. das Innenministerium) eine Landesfeuerweherschule.

In **Österreich** ist die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr ähnlich organisiert wie in Deutschland (Wolter 2011). Der Anteil an Freiwilligen in den Feuerwehren ist sogar noch etwas höher: 99 Prozent der Feuerwehrangehörigen engagieren sich freiwillig, Berufsfeuerwehren gibt es nur in den neun Landeshauptstädten. Den Kommunen und Katastrophenschutzbehörden obliegen ähnliche Pflichten wie in Deutschland. Der Bund erfüllt über das Staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement eine ähnliche Koordinierungsfunktion wie die interministerielle Koordinierung auf Bundesebene in Deutschland. Die deutlichsten Unterschiede zwischen Deutschland und Österreich lassen sich in drei Punkten zusammenfassen: Erstens haben die österreichischen Landesfeuerwehrverbände den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts und übernehmen somit die Verantwortung für den Betrieb der Landesfeuerweherschulen und der Einsatzleitstellen. Die Finanzierung der Landesfeuerwehrverbände erfolgt

ähnlich wie in Deutschland über staatliche Zuschüsse. Ein zweiter Unterschied umfasst die Entkoppelung der Feuerwehr vom Rettungsdienst. Anders als in manchen deutschen Bundesländern sind die österreichischen Feuerwehren nicht im Rettungsdienst tätig. Der dritte Unterschied betrifft die Aufgaben des Bundes, der eine ähnliche Rolle wie die deutsche Bundesregierung erfüllt, allerdings anders organisiert ist: Erstens verfügt Österreich über keine dem THW (Technisches Hilfswerk) ähnliche Struktur. Zweitens fällt der Zivilschutz unter die Verantwortung des Zivilschutzverbands, der im Unterschied zu Deutschland über Strukturen auf Landes-, Bezirks- und lokaler Ebene verfügt.

In **Schottland** sind, anders als in Deutschland und Österreich, die Zuständigkeiten für den Brand- und Katastrophenschutz in einer Mittelorganisation namens Scottish Fire and Rescue Service (SFRS) gebündelt (Taylor et al. 2018). SFRS dient als nationale Feuerwehr und erfüllt ihre Aufgabe eigenständig unter der Aufsicht der schottischen Regierung. Die operative Ebene des SFRS ist in drei geografische Zuständigkeitsbereiche unterteilt, die ganz Schottland abdecken. Anders als in Deutschland und Österreich ist die lokale Ebene nicht selbst für die Finanzierung und Instandhaltung der Feuerwehren oder für die Ausbildung der Feuerwehrangehörigen zuständig. Auf örtlicher Ebene werden die Feuerwehren nach den verschiedenen Formen der Beschäftigung und des Engagements der Feuerwehrleute eingeteilt in hauptamtliche Feuerwehren, Teilzeitfeuerwehren und Freiwillige Feuerwehren.

Herausforderungen in ländlichen Räumen

Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr in ländlichen Räumen in Deutschland wird vorwiegend von Ehrenamtlichen erbracht. Eine Schlüsselinstitution hier sind Freiwillige Feuerwehren. Eine der tiefgreifendsten Herausforderungen für Freiwillige Feuerwehren in Deutschland bezieht sich auf das Verhältnis zwischen Einsatzzahlen und Einsatzarten. Auf der einen Seite nahm die Zahl der Freiwilligen über viele Jahre ab und auf der anderen Seite wächst die Zahl der Einsätze (Steinführer & Brad 2022: 135).

Die zweite zentrale Herausforderung bezieht sich auf die Finanzierung der Feuerwehren. Insbesondere kleineren Gemeinden mit einem strukturellen Haushaltsdefizit fällt es schwer, dauerhaft ein leistungsfähiges örtliches Brand- und Hilfeleistungssystem zu finanzieren.

Eine dritte und viele Jahre meist auf den demografischen Wandel verkürzte Herausforderung bezieht sich auf die Sicherung der Tageseinsatzbereitschaft.

Mobilitätsanforderungen der Arbeitswelt, der Wandel vieler ländlicher Gemeinden in fast reine Wohnorte („Schlafdörfer“) und die Verlagerung von Arbeitsplätzen haben dazu geführt, dass die Freiwilligen heute häufig weit entfernt von ihrem Wohnort arbeiten.

Die vierte Herausforderung hängt mit der Komplexität der Feuerwehrtechnik und der Einsätze sowie den dafür erforderlichen Fertigkeiten zusammen. Eine kontinuierliche Aktualisierung der Technik ist nicht nur für die Sicherheit der Feuerwehrleute in ihrem Einsatz, sondern im Verbund mit adäquaten Weiterbildungsangeboten auch ein Faktor ihrer Motivation, sich freiwillig zu engagieren.

Die fünfte Herausforderung bezieht sich auf die Motive für ein Engagement in der Feuerwehr. Finanzielle Anreize sind dabei kaum eine Option zur Motivationssteigerung: Freiwillige Feuerwehrleute leben von der Anerkennung, die ihnen auf unterschiedlichste Weise ausgedrückt werden kann, z.B. durch eine angemessene Ausrüstung, immaterielle Anreize oder das Vorhandensein von angemessenen Strategien, die auf die Gewinnung und Bindung von Aktiven zielen (Steinführer 2014).



Hügellandschaft (Deutschland)

3.2 Steckbriefe der Untersuchungs-länder



Museumsdorf auf den Äußeren Hebriden (Schottland)

Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat in der Mitte Europas, der verfassungsrechtlich aus 16 Bundesländern besteht. Deutschland ist Gründungsmitglied der Europäischen Union und Mitglied der europäischen Währungsunion. Mit etwa 84 Millionen Einwohnern ist das Land das bevölkerungsreichste und eines der am dichtesten besiedelten Länder in Europa.

Die Raum- und Siedlungsstruktur in Deutschland unterliegt einem Wandel. Übergeordnet geht der Trend von regionalen Entwicklungsunterschieden hin zur kleinräumigen Differenzierung (Wolff et al. 2020). Seit 2011 hat sich die Ost-West-Wanderung stark abgeschwächt, weshalb es im Osten wie Westen zu sehr kleinteiligen, fragmentierten Entwicklungen gekommen ist. Dabei profitieren zum einen Städte und zum anderen ländliche Räume, die eine besondere Wirtschaftskraft oder Spezialisierung aufweisen. Ein weiterer Trend ist die Stärkung der großstädtischen Zentren durch die Reurbanisierungsprozesse der 1990er und 2000er Jahre (Brake und Herfert 2012).

Es ist zu erwarten, dass in einigen Regionen die Disparitäten zwischen strukturstarken und -schwachen Teilräumen weiter zunehmen. Je dünner ein Kreis besiedelt ist, desto eher ist seine Schrumpfung wahrscheinlich. Insgesamt wird die Bevölkerung weiter altern.

Um die Verwaltungsstruktur und das Regierungssystem in Deutschland zu verstehen, ist es entscheidend, das zugrundeliegende Prinzip des Föderalismus zu kennen. Der Bundesstaat besteht aus einem Zentralstaat (Bund) und 16 Bundesländern, die jeweils über eine eigene Verfassung, ein gewähltes Parlament und eine eigene Regierung verfügen. Das bedeutet, dass nicht nur der Bund selbst, sondern auch die Länder über Staatlichkeit und Staatsgewalt verfügen, die zwischen den Ländern und dem Bund aufgeteilt ist (Gesetzgebungskompetenz von Bund und Ländern). Den Gemeinden wird kraft Verfassung ein garantiertes Selbstverwaltungsrecht gewährt (Artikel 28 Grundgesetz).

Das Planungssystem in Deutschland hat drei Ebenen, die rechtlich, organisatorisch und konzeptionell getrennt sind. Dabei sind die Ebenen vertikal über das Prinzip der gegenseitigen Rückkoppelung und die

Erfordernisse der gegenseitigen Anpassung („Gegenstromprinzip“) verbunden. Die Bundesraumordnung stellt als rechtlicher Rahmen die höchste Ebene des deutschen Planungssystems dar.

Der Begriff „Daseinsvorsorge“ wird im deutschen Sprachraum verstanden als „gemeinwohldienliche Leistungen im weiteren Sinn, die der Einzelne zu einer angemessenen Lebensführung benötigt und deren grundsätzlich marktförmige Darbietung daher regelmäßig staatlichem Einfluss unterliegt“ (Milstein 2018). Der Begriff der Daseinsvorsorge ist dabei nicht mit dem englischen „Services of General Interest“ gleichzusetzen (BMVBS 2013).

Österreich

Die föderale Bundesrepublik Österreich ist eine semi-präsidentiale parlamentarische Demokratie und verfügt über einen mit Deutschland vergleichbaren staatlichen Aufbau, in dem die neun Bundesländer Gesetzgebungsbefugnisse im Rahmen einer Bundes- und Landesverfassung ausüben. Die räumliche Struktur Österreichs ist stark durch Hochgebirgsräume der Alpen geprägt, die 70 Prozent der Landesfläche ausmachen. Spezifisch für diese Bergregionen sind Siedlungsstrukturen entlang von tiefen Tälern, eine niedrige Bevölkerungsdichte und eine teils erschwerte Zugänglichkeit.

Aufgrund seiner eingeschränkten Flächennutzungsmöglichkeiten in den Bergregionen sind die Siedlungen in Österreich ungleichmäßig über das Staatsgebiet verteilt. Die Großstädte Österreichs sind zwischen 2009 und 2019 demografisch und wirtschaftlich gewachsen (ÖROK 2021: 81, 97). Die Folge waren Flächendruck für Bauland sowie ein Anstieg der Wohnkosten. Viele Regionen müssen sich an die zentralen Herausforderungen des Klimawandels anpassen, insbesondere in Bezug auf den Bevölkerungsschutz. Österreich ist besonders den für Gebirgsregionen typischen Gefahren ausgesetzt (z.B. durch Lawinen, Muren oder Sturzfluten). Die Zunahme von Pendeln und multilokalen Lebensweisen (z.B. durch eine Trennung von Wohn- und Arbeitsort) führen zu einem erhöhten Druck auf die Verkehrsinfrastruktur (ÖROK 2021: 47).

Im Vergleich zu den anderen untersuchten Ländern sind die Bevölkerungsverteilung und die demografischen Trends in Österreich zwischen städtischen, ländlichen und intermediären Regionen ausgewogener – etwa ein Drittel der Bevölkerung Österreichs wohnt in jeder dieser drei Raumkategorien. Ländliche Räume sind Standort der meisten mittelständischen Unternehmen Österreichs (BMLFUW 2017).

Die Verwaltungsgliederung ist aufgrund der in der Bundesverfassung festgelegten föderalen Strukturen dezentral gegliedert. Verwaltungsebenen sind der Bund, die Bundesländer, die Bezirke und die Gemeinden. Der Bund und die neun Länder teilen sich die Legislative, die Exekutive und die finanziellen Aufgaben. Die Bundesländer haben zur Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben eigene Gesetzgebungsorgane, Landesregierungen und Landesverwaltungen. Bezirke sind reine Verwaltungsbehörden, die an sie übertragene Aufgaben der Länder und des Bundes übernehmen. Die unterste staatliche Verwaltungseinheit sind die Gemeinden, denen von Bund und Ländern Aufgaben per Weisung zugeschrieben werden. Die Bundesverfassung garantiert ihnen die kommunale Selbstverwaltung (eigener Wirkungsbereich).

In Österreich sind die Bundesländer für die Raumplanung zuständig. Der Bund ist für einige raumrelevante sektorale Planungsbereiche zuständig, wie etwa Eisenbahnen, Wälder, Wasser oder Bundesstraßen. Die Länder sind ebenfalls für bestimmte sektorale Fachplanungen zuständig, wie beispielsweise die Landesstraßen, den Naturschutz oder den Grundstückserwerb. In der Länderkompetenz befindet sich gesetzgebend und ausführend die überörtliche Raumplanung.

Das Verständnis von Daseinsvorsorge in Österreich ähnelt dem in Deutschland: Die Sicherung der Daseinsvorsorge gilt als wesentlicher Beitrag zur Realisierung der normativen raumordnerischen Leitvorstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse (ÖROK 2021: 156 ff.). Ähnlich wie in Deutschland werden Daseinsvorsorgeangebote von öffentlichen, privaten, zivilgesellschaftlichen sowie hybriden Akteuren erbracht (Brad et al. 2022). Auch in Österreich stand, ähnlich wie in Deutschland, in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten insbesondere in schrumpfenden bzw. strukturschwachen Regionen das etablierte, umfassende Angebot an Daseinsvorsorgeleistungen vor großen Herausforderungen.



Schiff am Anleger in Portree, Insel Skye (Schottland)

Schottland

Das Vereinigte Königreich, bestehend aus den vier Landesteilen England, Wales, Nordirland und Schottland, ist eine repräsentative Demokratie mit einem parlamentarischen Regierungssystem. Es ist einerseits als zentraler Einheitsstaat organisiert, weist andererseits aber auch Merkmale der Dezentralisierung auf (Ismayr 1999). Schottland umfasst als autonomer Landesteil das nördliche Drittel der Hauptinsel Großbritannien und hat seinen Regierungssitz in der Hauptstadt Edinburgh. Von dort verfügen der Erste Minister und die schottische Regierung über die meisten Aspekte der Innenpolitik. Staatsoberhaupt des Landes ist, wie im restlichen Vereinigten Königreich, seit dem 08. September 2022 König Charles III. Offizielle Amtssprachen sind Englisch, Scots und schottisches Gälisch, wobei letzteres nur auf den Äußeren Hebriden mehrheitlich gesprochen wird.

Charakteristisch für die Landschaft Schottlands sind stark ländlich geprägte Regionen, die 98 Prozent der Landesfläche ausmachen. Mit einer Gesamtfläche von rund 78.000 km² und einer Bevölkerungszahl von etwa 5,5 Millionen Menschen besitzt Schottland eine Bevölkerungsdichte von durchschnittlich 70 Einwohner:innen pro Quadratkilometer und gehört damit zu

den am dünnsten besiedelten Ländern Europas (Statista 2022). Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in den Zentralen Lowlands, einem Tieflandgürtel zwischen den nördlich und südlich angrenzenden Gebirgsräumen des Landes. Dort befinden sich einige der größten schottischen Städte, darunter Glasgow, Edinburgh und Perth. Die ländlichen Regionen Schottlands sind hingegen von einer niedrigen Bevölkerungsdichte und dispersen Siedlungsstrukturen geprägt. So nehmen die Highlands and Islands mit knapp 40.000 km² zwar knapp die Hälfte der Landesfläche ein, gleichzeitig leben dort allerdings lediglich neun Prozent der Bevölkerung (Mose 2022).

Der demografische Wandel und dessen Auswirkungen auf die (wirtschaftliche) Entwicklung sind in Schottland von zentraler Bedeutung. So wird bis 2045 ein Zuwachs an über 60-Jährigen um annähernd ein Drittel prognostiziert (National Records of Scotland 2022). Dabei zeigt sich eine Diskrepanz zwischen urbanen und ländlichen Regionen. Während der Anteil an über 65-Jährigen landesweit im Jahr 2018 bei 19 Prozent lag, waren die Gemeinden mit den höchsten Anteilen an über 65-jährigen vorwiegend ländlich geprägt. Hinzu kommt die ausbildungsbedingte Abwanderung junger Erwachsener in urbane Regionen (National Records of Scotland 2019).



Landschaft bei Windeck (Siegtal, Deutschland)



Ländliche Wohnhäuser (Schweden)

© Nathalie Tent, Universität Oldenburg

Die Autonomie Schottlands wird heutzutage durch ein selbst gewähltes Landesparlament und eine eigene Landesregierung repräsentiert. Seit 1996 ist Schottland in 32 sogenannte Council Areas unterteilt, bei denen es sich um eine einstufige Kommunalverwaltung handelt, in der Distrikte, Städte und Gemeinden in einer einzigen Behörde zusammengefasst und zentral verwaltet werden. Diese Council Areas sowie die beiden Nationalparkverwaltungen Cairngorms und Loch Lomond and the Trossachs tragen außerdem die Hauptverantwortung für die Bereitstellung verschiedener Planungsdienstleistungen. Sie übernehmen Aufgaben von Entwicklungsplanungen, des Entwicklungsmanagements und der Durchsetzung von Planungsvorhaben. Darüber hinaus sind sogenannte Strategic Development Planning Authorities, kurz SDPAs, sowie verschiedene Behörden wie beispielsweise Scottish Natural Heritage (SNH) an verschiedenen Stellen

an Planungsprozessen beteiligt (Scottish Government o.J.b). Im schottischen Planungssystem gilt der Ansatz des Place Principles. Dazu gehört insbesondere die Zusammenarbeit mit Stakeholdern und lokalen Gemeinschaften (Scottish Government 2021: 68).

Der Begriff der Daseinsvorsorge wird in Schottland von britischen Landesprogrammen im Nationalen Ländlichen Netzwerk aufgegriffen. Die wesentlichen Akteure auf Ebene der Zentralregierung Großbritanniens sind die Ministerien für Verkehrswesen, Gesundheit und Umwelt, Nahrungsmittel und ländliche Angelegenheiten. Auf Ebene der schottischen Regierung stellen vor allem die Bereiche der Gesundheitsfürsorge und Bildung Kernkompetenzen dar, die nicht ausdrücklich der britischen Regierung zugeschrieben werden.

Schweden

Schweden ist der flächengrößte skandinavische Staat. Das demokratische Land ist eine parlamentarische Monarchie. Damit liegt die politische Macht beim Parlament und der Regierung; der Monarch hat repräsentative Funktionen. Schweden ist laut Sustainable Development Report (2022) eines der nachhaltigsten Länder der Erde und besitzt eine überdurchschnittliche Energieunabhängigkeit. Das Land gewinnt bereits mit 60 Prozent den Großteil seiner Energie aus erneuerbaren Energien, insbesondere Wasserkraft.

Eine Besonderheit Schwedens liegt in der ungleichen Verteilung der Einwohner innerhalb des Staatsgebiets. Während der Süden des Landes dichter besiedelt ist und einen höheren Anteil urbaner Zentren aufweist (z.B. Stockholm, Göteborg, Malmö), prägen im Norden des Landes dünn besiedelte, periphere Räume das Landschaftsbild. Ungeachtet dessen besitzen über 90 Prozent der Haushalte einen Breitbandzugang.

Für Schweden wird ein Bevölkerungswachstum prognostiziert, welches sich zu 80 Prozent in den urbanen Regionen im Süden und der Mitte des Landes konzentrieren wird, während Gemeinden und Regionen im Norden einen Bevölkerungsrückgang erleben werden. Ein ähnliches Bild ist für die Entwicklung der Altersstruktur zu erwarten. Insgesamt ist von einem fortwährenden Anstieg des durchschnittlichen Alters der Bevölkerung auszugehen, der insbesondere in den peripheren, nördlichen Regionen zu erwarten ist (Grunfelder et al. 2018).

Schweden ist ein Einheitsstaat mit drei Regierungsebenen. Es gibt eine nationale, regionale und lokale Ebene. Die schwedische Verfassung regelt allgemeine Zuständigkeiten der einzelnen administrativen Ebenen. Während die nationale Ebene vorrangig für den gesetzlichen Rahmen zuständig ist, kommt der subnationalen Ebene ein hohes Maß an Autonomie und Selbstbestimmung zu (Jann und Tiessen 2008). Diese äußert sich auf regionaler und insbesondere auf lokaler Ebene im Rahmen der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung (BMVI 2015; Förster et al. 2014).

Ziel der Raumplanung in Schweden ist es, Entscheidungen darüber zu treffen, wie die Land- und Wasserflächen des Staates genutzt werden sollen. Im Ergebnis gilt es, den größtmöglichen Konsens zwischen den beteiligten Akteuren zu erreichen. Alle drei administrativen Ebenen besitzen bestimmte Kompetenzen bei der Ausgestaltung der räumlichen Planung in Schweden, wobei die lokale Ebene (die Gemeinden) die Hauptverantwortung für die räumliche Planung trägt (Boverket 2022).

Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung kommen der lokalen und regionalen Ebene ein hoher Anteil an wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben zu. Vor diesem Hintergrund steht Schweden vor wachsenden Herausforderungen bei der Sicherstellung von Leistungen der Daseinsvorsorge. Um die Effizienz der bereitgestellten Leistungen zu verbessern sowie die großen Distanzen insbesondere in peripheren Regionen zu überbrücken, kommen vermehrt innovative Ansätze (z.B. E-Health-Anwendungen, Telemedizin oder effizientere Mobilitätsangebote in peripheren Regionen) zum Einsatz.

3.3 Steckbriefe der untersuchten Projekte

ABBILDUNG 4:
Untersuchte Projekte

	 Medizinische Versorgung & Pflege	 Nachschulische Bildung	 Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr
Österreich	1 CoNSENSo / Pflegenahversorgung COmmunity Nurse Supporting Elderly iN a changing SOciety		14 Gemeinsam. Sicher. Feuerwehr
	2 Ki-Ju-Pall Kinder- & Jugend-Palliativ-Teams Mobile Kinderkrankenpflege Niederösterreich		15 Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen
Schweden	3 Cuviva The virtual Home Hospital in Borgholm	8 Akademi Norr Kommunalförbundet Partnerskap Inland	
	4 IMPROVE Involving the community to co-produce public services	9 Lingio Industry-validated language learning	
Schottland		10 GrowBiz Supporting enterprise in rural Scotland	18 Fire Reach
		11 RRHEAL Remote and rural health-care education alliance	
Deutschland	5 MONA MOBILE Netzwerk-medizinische Assistenz	12 Bildung 4.OWL Wir machen fit für die digitale Arbeitswelt	16 Interkommunales Management und gemeinsamer Feuerwehr-Ausbildungspool im Oderland
	6 Gemeindegewesther PLUS	13 KeGL Kompetenzentwicklung für Gesundheitsfachpersonal im Kontext des Lebenslangen Lernens	17 Mehr Feuerwehr in die Schule
	7 KARMANT Koordiniertes Quartiersmanagement im ländlichen Raum		

TABELLE 4:

Untersuchte Projekte im Daseinsvorsorgebereich Nachschulische Bildung

Land	Projekttitel	Projekthalt
Schweden	Akademi Norr	Zusammenschluss einzelner Kommunen zur Sicherstellung von höherer Bildung in ländlichen Räumen. Dezentrale Lernangebote in Form von Gemeindegewestherzentren. <i>Web: https://www.akademinorr.de/ (schwedische Webseite)</i>
Schweden	Lingio	Sechsmontatige Sprachkurse via App zu verschiedenen Berufsfeldern. Bekämpfung des Fachkräftemangels durch einen leichteren Sprachzugang für Zugezogene. <i>Web: https://www.lingio.com/sv/?hsLang=sv (schwedische Webseite)</i>
Schottland	GrowBiz	Community-basierte Unternehmensunterstützung für ländliche Unternehmen in ganz Schottland. <i>Web: https://www.growbiz.co.uk (englische Webseite)</i>
Schottland	Remote and Rural Healthcare Education Alliance (RRHEAL)	Koordination und Etablierung von neuen Angeboten für Bildung im Gesundheitssektor, angepasst, an ländliche Rahmenbedingungen. <i>Web: https://www.nes.scot.nhs.uk/our-work/remote-and-rural-healthcare-education-alliance-rrheal/ (englische Webseite)</i>
Deutschland	Kompetenzentwicklung für Gesundheitsfachpersonal im Kontext des lebenslangen Lernens (KeGL)	Bedarfsgerechte und modularisierte Zertifikatsangebote an Hochschulen zur kompetenz-orientierten Weiterbildung von Gesundheitsfachpersonal zur Erforschung, Entwicklung und Erprobung und Integration in Studienangebote. <i>Web: https://www.ostfalia.de/cms/de/g/kegl/</i>
Deutschland	Bildung 4.OWL – Wir machen fit für die digitale Arbeitswelt	Gestaltung von Veränderungen an der gesamten Bildungskette durch Bildungs- und Industrieakteure angesichts der Digitalisierung und Wissensintensivierung der Bildungs- und Arbeitswelt. <i>Web: www.bildung40-owl.de</i>

TABELLE 5:

Untersuchte Projekte im Daseinsvorsorgebereich Medizinische Versorgung und Pflege

Land	Projekttitel	Projekthalt
Österreich	Ki-Ju-Pall Kinder- & Jugend- Palliativ-Teams	Mobile Palliativversorgung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Niederösterreich durch Palliativ-Teams, bestehend aus diplomierten Gesundheits- und Krankenpfleger:innen und Kinderfachärzt:innen. <i>Web: https://noe.moki.at/index.php/ki-ju-pall</i>
Österreich	CoNSENSo / Pflegerahversorgung	Etablierung von Pflegekoordinatoren in den Testgemeinden im Land Kärnten als Schnittstelle zwischen Betroffenen, Familienmitgliedern, Organisationen, Ärzten, Krankenhäusern und weiteren Gesundheitsdienstleistenden. <i>Web: https://www.ktn.gv.at/Themen-AZ/Details?thema=131&detail=986</i>
Schweden	Cuviva	Etablierung eines Heimkrankenhauses am Gesundheitszentrum in Borgholm: Patienten überwachen ihren Gesundheitszustand mithilfe eines digitalen Lösungsansatzes selbstständig zu Hause. <i>Web: https://cuviva.com/en/offer (englische Webseite)</i>
Schweden	IMPROVE	Implementierung von E-Health-Anwendungen zur Unterstützung der ambulanten Pflege älterer, pflegebedürftiger Menschen. <i>Web: https://improve.interreg-npa.eu/news/show/service-e-health-services-for-home-care-staff-in-vaesternorrand-sweden/ (englische Webseite)</i>
Deutschland	Mobile Netzwerkm- medizinische Assistenz (MONA)	Versorgung und Beratung von Patienten im ambulanten Bereich mit Unterstützung von Telemedizin und Elektromobilität, insb. Fokus auf hausärztliche Hausbesuche. <i>Web: http://www.modellvorhaben-versorgung-mobilitaet.de/modellregionen/bad-kissingen-rhoen-grabfeld/</i>
Deutschland	Gemeindeschwester PLUS	Präventive Hausbesuche für Hochbetagte ab 80 Jahren ohne Pflegebedarf mit Wohn- und Psychosozialberatung sowie Sozialraumorientierung (Einbindung von Ressourcen in der Nachbarschaft). <i>Web: https://mastd.rlp.de/de/unsere-themen/aeltere-menschen/gemeindeschwesterplus/</i>
Deutschland	Koordiniertes Quartiersmanagement im ländlichen Raum (KARMANT)	Konzeptentwicklung für Seniorenbetreuung und integrierte Pflegeberatung im Quartier in fünf ländlichen Modellgemeinden des Landkreises Meißen. <i>Web: https://rpv-elbtalosterz.de/redavorpilotprojekte sowie http://www.kreis-meissen.org/9442.html</i>

TABELLE 6:

Untersuchte Projekte im Daseinsvorsorgebereich Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

Land	Projekttitel	Projekthalt
Österreich	Gemeinsam. Sicher. Feuerwehr.	Professionalisierung der Brandschutzerziehung und eine bessere Einbindung in das formale Bildungssystem. Erstellung von lehrplankonformen Unterrichtsmaterialien für Kindergarten, Volksschule, Sekundarstufe I & II. <i>Web: https://www.gemeinsam-sicher-feuerwehr.at/</i>
Österreich	Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen	Ein neues Zuhause für die Trachtenmusikkapelle Maishofen, die Freiwillige Feuerwehr Maishofen, die Landjugend und andere Vereine in Maishofen. <i>Web: https://www.maishofen.at/Unser_Maishofen/Haus_der_Feuerwehr_und_Vereine</i>
Schottland	Fire Reach	Das Projekt bietet Jugendlichen die Möglichkeit, ihre örtliche Feuerwehr zu besuchen und ihre Teamarbeit- und Kommunikationsfähigkeiten zu verbessern. <i>Web: https://www.itsyourchoice.co/fire-reach.php für eine beispielhafte Umsetzung; (englische Webseite)</i>
Deutschland	Gemeinsamer Feuerwehr- Ausbildungspool und Interkommunale Manage- mentstrukturen im Brand- und Katastrophenschutz	Sicherung der Zukunftsfähigkeit Freiwilliger Feuerwehren in der Oderlandregion durch interkommunale Koordination (Managementstrukturen), Abwehrplanung und einen gemeinsamen Feuerwehr-Ausbildungspool. <i>Web: http://www.oderlandregion.de/seite/203103/feuerwehr-koordinator.html</i>
Deutschland	Mehr Feuerwehr in die Schule	Nachwuchsgewinnung für den Bereich der Jugendfeuerwehr und der Einsatzabteilung. Vermittlung von Inhalten aus der Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung. <i>Web: https://feuerwehr-in-die-schule.de/mehr-feuerwehr-in-die-schule</i>

KARTE 1:

Deutschland

Politisch-administrative Grenzen

Medizinische Versorgung und Pflege

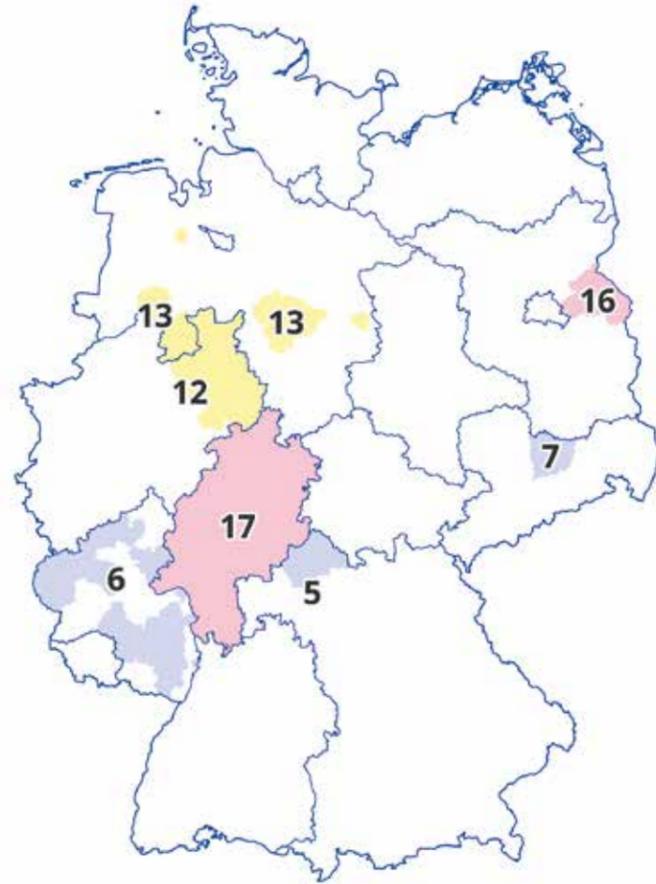
- 5: MONA
- 6: Gemeindegewerkschaft PLUS
- 7: KARMANT

Nachschulische Bildung

- 12: Bildung 4.OWL
- 13: KeGL

Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

- 16: Interkommunales Management
- 17: Mehr Feuerwehr in die Schule



© Kraft, Leibniz Universität Hannover
Erstellt mit Eurostat

KARTE 2:

Österreich

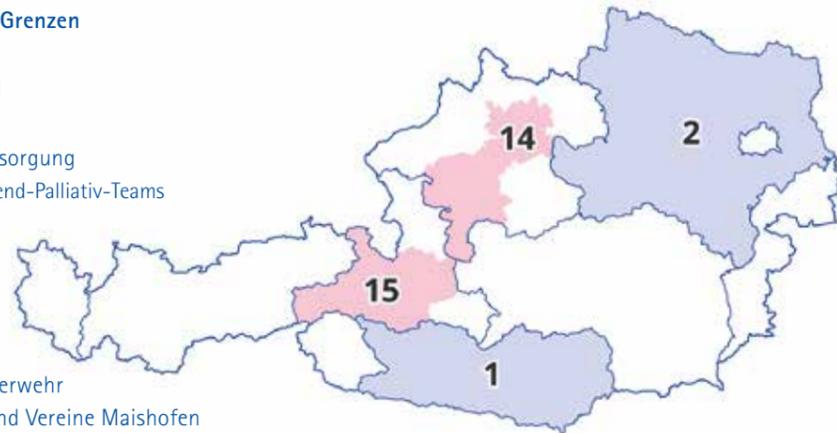
Politisch-administrative Grenzen

Medizinische Versorgung und Pflege

- 1: CoNSENSo Pflegenahversorgung
- 2: Ki-Ju-Pall Kinder- & Jugend-Palliativ-Teams

Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

- 14: Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr
- 15: Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen



© Kraft, Leibniz Universität Hannover
Erstellt mit Eurostat

KARTE 3:

Schottland (GB)

Politisch-administrative Grenzen

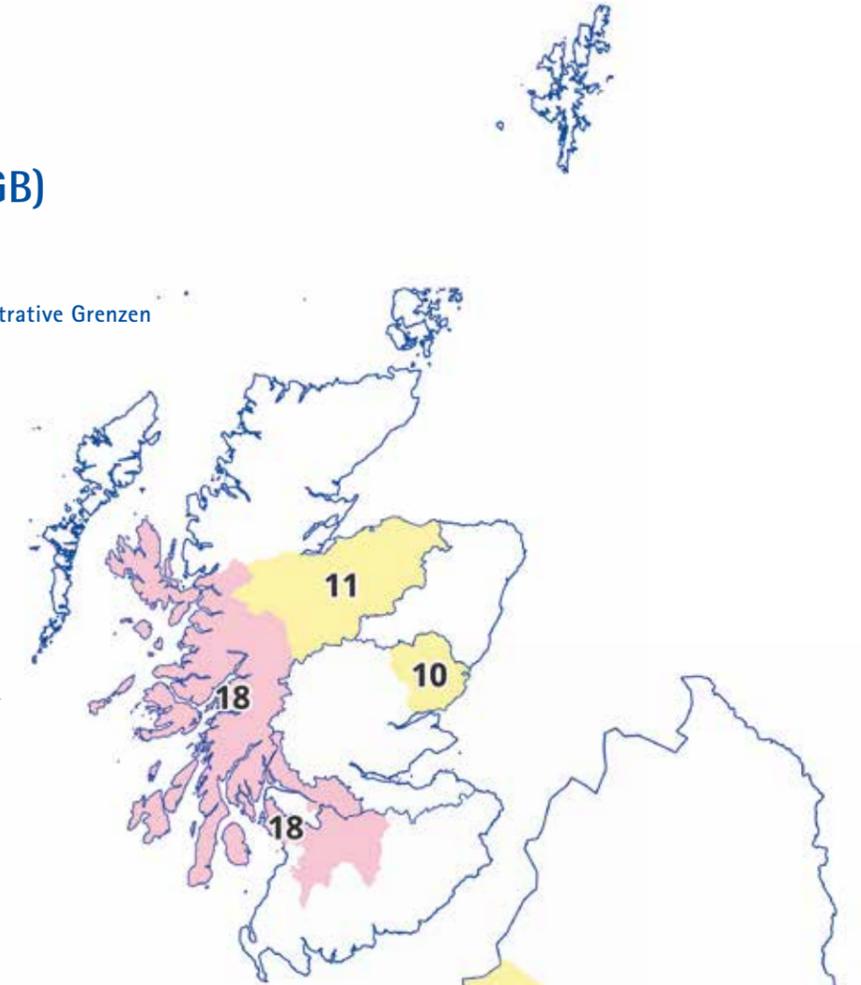
Nachschulische Bildung

- 10: GrowBiz
- 11: RRHEAL

Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

- 18: Fire Reach

© Kraft, Leibniz Universität Hannover
Erstellt mit Eurostat



KARTE 4:

Schweden

Politisch-administrative Grenzen

Medizinische Versorgung und Pflege

- 3: Cuviva
- 4: IMPROVE

Nachschulische Bildung

- 8: Akademi Norr
- 9: Lingio

© Kraft, Leibniz Universität Hannover
Erstellt mit Eurostat



4. Was haben wir herausgefunden?



4.1 Unsere zentralen Ergebnisse



Nutzungsvielfalt ländlicher Räume (Goldene Aue, Deutschland)

Fragen zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen sind bereits seit geraumer Zeit Gegenstand einer reichhaltigen (raumwissenschaftlichen) Forschung, es gibt gleichwohl nach wie vor Bereiche, die bisher vergleichsweise wenig erforscht wurden. Von den im InDaLE-Projekt untersuchten Daseinsvorsorgebereichen gilt dies für die Nachschulische Bildung und die Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr. In den drei untersuchten Daseinsvorsorgebereichen, insbesondere auch in der Medizinischen Versorgung und Pflege, eröffnet die Digitalisierung neue Perspektiven (Zentrale Ergebnisse, Ziff. 4.1). Im Mittelpunkt des InDaLE-Projekts stehen weniger erstmalige Erkenntnisse aus Planspielen oder Modellprojekten, sondern die im Anschluss hieran wesentliche Frage nach der Verstetigung eines erfolgreichen Daseinsvorsorgeangebots, um einen tatsächlichen Fortschritt in der Daseinsvorsorge sicherzustellen (Thesen zur Verstetigung, Ziff. 4.2). Mit den Empfehlungen an die federführenden Akteure in den drei Daseinsvorsorgebereichen erfolgt die Übertragung der Erkenntnisse auf Deutschland (Handlungsempfehlungen, Ziff. 4.3).

Nachschulische Bildung

Die Rolle und Bedeutung der nachschulischen Bildung für die Entwicklung ländlicher Räume wurde bisher nicht hinreichend erfasst bzw. empirisch untersucht. Die Auswahl von Schottland und Schweden für das Handlungsfeld der nachschulischen Bildung hat sich als ausgesprochen sinnvoll und ertragreich erwiesen. So haben die Erhebungen zur nachschulischen Bildung in den beiden genannten Ländern eine Reihe bisher wenig oder gar nicht im deutschsprachigen Raum kommunizierter Erkenntnisse generiert. Besondere Beachtung verdienen hierbei die Entstehung und Wirkungsweise dezentraler, netzwerkartiger Einrichtungen der nachschulischen Bildung in der ländlichen Peripherie wie die Akademie Norr in Schweden. Diese repräsentiert ein Konzept der Distanzlehre, das auf einer konsequenten Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien fußt. Ähnliches gilt für die University of the Highlands and Islands in Schottland, die im Zuge unserer Untersuchungen wiederholt als Referenz genannt wurde, jedoch nicht Gegenstand weitergehender eigener Erhebungen war. Erwähnung verdient darüber hinaus die besondere Rolle zivilgesellschaftlicher Bottom-up-Initiativen, wie sie das Projekt GrowBiz illustriert. Dessen Entstehung verdankt sich primär der privaten Initiative engagierter Menschen vor Ort, denen es ein Anliegen war, Start-ups, Kleinunternehmen und Selbständigen im ländlichen Raum unbürokratische und niedrigschwellige Informations-, Beratungs- und Qualifizierungsangebote zur Verfügung zu stellen. Hieraus hat sich inzwischen eine professionell tätige Unternehmensberatung entwickelt, die aus der ländlichen Regionalentwicklung in Schottland nicht mehr wegzudenken ist. Beide Erfahrungsbereiche eröffnen wertvolle Perspektiven für die Übertragbarkeit entsprechender Ansätze auf die Situation in Deutschland.

Im Daseinsvorsorgebereich der nachschulischen Bildung werden vier Themenfelder als zentral herausgestellt:

Hybride Lehrformate: Kombination von Digitalisierung und Vor-Ort-Ansprechmöglichkeiten

Nachschulische Bildungsangebote sind traditionell räumlich zentralisiert und auch inhaltlich derzeit vorwiegend auf städtische Kontexte ausgerichtet. Das

Fehlen weiterführender lokaler Bildungsmöglichkeiten in ländlichen Räumen ist ein starker Grund für die Abwanderung insbesondere junger Menschen in urbane Regionen. Oft kehren diese auch nach Abschluss von Studium bzw. Aus- oder Weiterbildung aufgrund fehlender oder unpassender Arbeitsplätze bzw. nicht vorhandener Fort- und Weiterbildungsangebote nicht in ihre Heimatregionen zurück. Für die zukunftsfähige Entwicklung ländlicher Regionen wird es aus diesem Grund als wichtig eingestuft, dass vor Ort Möglichkeiten nachschulischer Bildung geschaffen werden, die auch fachlich an die regionalen Bedürfnisse angepasst sind. In ländlichen Regionen implizieren lokal verfügbare Bildungsangebote dabei eine Dezentralisierung des Bildungssystems. Um diese zu organisieren und auch finanzieren zu können, haben sich Ansätze, die Distanzlehre mittels digitaler Medien mit Präsenzformaten zu verknüpfen (z. B. persönliche Ansprechpersonen in Lernzentren), als geeignet herausgestellt. Digitale Lernmethoden können insbesondere helfen, Probleme der Erreichbarkeit zu überwinden. Der persönliche Austausch bleibt dennoch essentiell für die Lernenden.

Vernetzung

Vernetzung, sowohl auf verschiedenen politischen Ebenen als auch zwischen Projekten im In- und Ausland, hat sich für die Verstetigung sowie Fortentwicklung von Projekten nachschulischer Bildung in ländlichen Räumen als besonders wichtig erwiesen. Die Vernetzung mit politischen Akteuren (z. B. Kommunalverwaltung oder Regionalregierung) kann dazu beitragen, bestehende Probleme und Herausforderungen nachschulischer Bildung in ländlichen Kontexten zum Gegenstand des politischen Diskurses zu machen und gesamtgesellschaftlich dafür zu sensibilisieren.

Der Austausch zwischen Projekten nachschulischer Bildung mit ähnlichen Zielsetzungen und Herausforderungen, im In- und/oder im Ausland, erlaubt es voneinander zu lernen. Dies kann neben der internen Projektentwicklung auch die persönliche Motivation stärken und fördern. Der praxisbasierte Wissens- und Erfahrungsaustausch wird von allen Teilnehmenden als bereichernd aufgefasst. Auch innerhalb eines Projekts sind diverse Teams mit verschiedenen beruflichen Hintergründen, Fähigkeiten und Praxiserfahrungen bei guter Kommunikation und Zusammenarbeit projektfördernd.

Finanzielle und politische Förderung

Projekte der nachschulischen Bildung haben dann besonders gute Aussicht auf eine erfolgreiche Entwicklung, wenn sie breite politische Unterstützung erfahren. Dies gilt insbesondere auch für eine staatliche finanzielle Förderung der Projekte, die als gute Basis für eine resiliente finanzielle Ausstattung und folglich für die Etablierung und Verstetigung der Projektvorhaben angesehen werden kann. Gleichzeitig wird eine staatliche Finanzierung der Projekte durch enge Zusammenarbeit und regelmäßigen Austausch zwischen Politik und Projektmitarbeitenden ermöglicht. In einem der von uns untersuchten Projekte führte dies sogar dazu, dass die Vertreter eines geförderten Projekts selbst eine wichtige Position in der Politikberatung einnahmen. Somit erhält die Politik zum einen tiefergehende Einblicke in Aufgaben und Herausforderungen nachschulischer Bildung in ländlichen Räumen, zum anderen werden Bedarf, Ziele und Vorhaben von Projekten breiter kommuniziert.

Ehrenamtliches Engagement

Ein weiterer Aspekt, der sich für die nachschulische Bildung als potenziell relevanter Pfeiler herauskristallisiert hat, ist die Rolle ehrenamtlicher Mitarbeit. Es wurde deutlich, dass Ehrenamtlichen nicht nur eine zuarbeitende Rolle zukommt, vielmehr können sie Antrieb und Basis der Projekte sein. Die Grundintention des ehrenamtlichen Engagements liegt dabei in der intrinsischen Motivation, einen Beitrag zur Regionalentwicklung und nachschulischen Bildung zu leisten und in diesem Rahmen eigene Erfahrungen weiterzugeben. Der monetäre Gewinn hingegen scheint hier eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Menschen, die im Rahmen eines Mentorings von den Erfahrungen Anderer lernen konnten, engagieren sich später häufig auch selbst in der Weitergabe ihrer Erfahrungen und Tools, wodurch die Nachhaltigkeit von Projekten gefördert werden kann. Zuletzt wurde die besondere Bedeutung einiger Schlüsselpersonen deutlich, die einen zentralen Beitrag für das Funktionieren und die Verstetigung der jeweiligen Projekte leisten. Aus langfristiger Perspektive erwies es sich als wichtig, nicht nur dem Engagement dieser Einzelpersonen Anerkennung zukommen zu lassen, sondern auch deren funktionale Rollen langfristig abzusichern: also statt Personen Funktionen zu etablieren.

Medizinische Versorgung und Pflege

Die ausländischen Fallbeispiele im Bereich Medizinische Versorgung und Pflege verdeutlichen, dass innovative Projekte eine wichtige Rolle bei der Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen spielen und weiterhin für die Forschung von besonderer Bedeutung sind. Insbesondere im Bereich E-Health kann eine hohe Innovationskraft festgestellt werden. Durch den Einsatz von E-Health-Produkten kann nicht nur der Kontakt zu Patient:innen intensiviert werden, sondern auch ein umfassenderes Monitoring des körperlichen und geistigen Wohlbefindens ermöglicht werden.

Dabei spielt die Akzeptanz eine große Rolle, die jedoch nicht für alle Teilbereiche der Projekte erkannt werden konnte. Die erfolgreiche Verwendung von E-Health-Produkten erfordert die Akzeptanz verschiedener Akteure, einschließlich politischer Entscheidungsträger, der breiten Öffentlichkeit und der Nutzenden selbst. Zur Steigerung der Akzeptanz bedarf es gezielter Informationsangebote, offener Kommunikation und der Möglichkeit zur Mitgestaltung der Prozesse. Selbstverständlich ist es Voraussetzung für E-Health, dass alle Menschen Zugang zu den Produkten haben.

Sowohl Anbietende als auch Nutzende von E-Health-Produkten benötigen erweitertes Wissen, um sicher mit den innovativen Lösungen umgehen zu können. Es bedarf daher der Entwicklung von Aus- und Weiterbildungsmodulen, um ganzheitliche Angebote zu ermöglichen und die sektorale Trennung zwischen medizinischer Versorgung und Pflege zu überbrücken.

Es können keine allgemeingültigen Lösungen zur Sicherung der medizinischen Versorgung und Pflege in ländlichen Räumen aufgezeigt werden, da lokale und regionale Besonderheiten berücksichtigt werden müssen. Ehrenamtlich Helfende sind aber in allen Ländern von Bedeutung und sollten ebenfalls Unterstützung und Wertschätzung erfahren. Eine Systematisierung der Unterstützungs- und Wertschätzungsmöglichkeiten sollte dabei einen Fokus darstellen. Interkommunale Zusammenarbeit und überfachliche Abstimmung und Kooperation können ebenfalls dazu beitragen, bestehende oder zu erwartende Versorgungslücken zu schließen.

Im Daseinsvorsorgebereich der Medizinischen Versorgung und Pflege sind drei Themenfelder als zentral herauszustellen:

Effizienzsteigerung und Wirtschaftlichkeit von Leistungen

Es bedarf der Einführung, Anwendung und Etablierung innovativer Lösungen und Produkte im Bereich E-Health wie Telemedizin und Telemonitoring. Durch Lösung der Standortbindung und bessere Überbrückung von Distanzen kann eine Effizienzsteigerung und Wirtschaftlichkeit von Leistungen erreicht werden.

In den Projekten werden verschiedene Lösungsansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge in dünn besiedelten und schrumpfenden Gebieten aufgezeigt. Eine etablierte Nutzung von E-Health-Angeboten wie Telemedizin oder Telemonitoring ermöglicht beispielsweise die Kommunikation mit Ärzten und die Überwachung von Gesundheitsdaten. Zu behandelnde Personen können erforderliche Daten selbstständig zu Hause erheben, was die medizinische Versorgung unterstützt. In der Pflege kann die direkte Kommunikation mit dem Pflegepersonal eine bessere Abstimmung und Betreuung pflegebedürftiger Menschen zu Hause ermöglichen. Digitale Hilfsmittel wie Kameras

zur Überwachung der Patient:innen, digitale Pflegeberatung und elektronische Hilfsmittel können hierbei eingesetzt werden.

Gemeindefachswestern spielen ebenfalls eine wichtige Rolle in der Daseinsvorsorge. Sie sind erste Ansprechpartnerinnen für zu behandelnde Personen und Pflegebedürftige und bieten Pflegeberatung sowie Erstdiagnosen bei leichten Erkrankungen an. In einigen Fällen können Gemeindefachswestern auch Medikamente verschreiben, wenn sie über erweiterte Kompetenzen verfügen. Ihre Ausbildung erfolgt oft im Rahmen einer erweiterten Ausbildung, was zur Schaffung qualifizierter Fachkräfte beiträgt.

Zusammenarbeit und Überwindung der sektoralen Trennung zwischen medizinischer Versorgung und Pflege

Es gilt, innovative Lösungen und Produkte zu priorisieren, die eine Nutzung und Förderung interprofessioneller Zusammenarbeit sowie Wissensaustausch anstreben. Eine Überwindung der sektoralen Trennung zwischen medizinischer Versorgung und Pflege trägt zur Gewährleistung ganzheitlicher Angebote bei. Sie ist entscheidend, um eine ganzheitliche Betreuung der zu behandelnden Personen sicherzustellen.



Straße bei Maishofen (Österreich)

Die Verwendung von Schnittstellen kann dabei sowohl deren Versorgung optimieren als auch die Wirtschaftlichkeit der Betreuung und Therapie verbessern. Durch eine engere Zusammenarbeit mit wichtigen Beteiligten und Zielgruppen aus den Bereichen medizinische Versorgung und Pflege können neue Lösungsansätze entwickelt werden.

Die gemeinschaftliche Erarbeitung neuer Lösungsansätze und die Offenheit für innovative Ideen ermöglichen es, zielgerichtete und problemorientierte Lösungen zu finden. Wichtige Beteiligte, die normalerweise nicht direkt in den Prozess einbezogen werden, erhalten die Möglichkeit zur Partizipation und Mitgestaltung. Dadurch wird sichergestellt, dass verschiedene Perspektiven und Erfahrungen einfließen und die besten Lösungen gefunden werden können.

Zur erfolgreichen Adaption und nachfolgenden Versteigerung innovativer Projekte der medizinischen Versorgung und Pflege in ländlichen Räumen Deutschlands ist von großer Bedeutung, neue oder weiterentwickelte Konzepte und Produkte zu generieren, um bestehende oder zu erwartende Versorgungslücken zu schließen. Dabei sollte vermieden werden, Parallelangebote zu bereits etablierten Lösungen und Produkten zu schaffen, insbesondere wenn diese bereits finanziell tragfähig sind. Es ist wichtig, die Fähigkeit zu besitzen, bedarfsorientierte Lösungen und Produkte flexibel an geänderte Gegebenheiten anzupassen.

Ausbildungs- sowie Weiterbildungsangebote in Kombination mit dem Ausbau von Unterstützungsangeboten für im Ehrenamt tätige Menschen

Für das medizinische und Pflegepersonal sollte eine berufliche Perspektive aufgezeigt werden – hier sollten insbesondere hochwertige und lukrative Ausbildungs- sowie Weiterbildungsangebote geschaffen werden. Daneben können personelle Versorgungslücken durch Akquise von Fachkräften geschlossen werden. Den im Ehrenamt Tätigen muss eine höhere Wertschätzung durch den Ausbau von Unterstützungsangeboten gezollt werden, um deren Engagement aufrecht zu halten.

Um dies zu erreichen, ist es entscheidend, Schlüsselpersonen mit Fachkompetenz, Managementfähigkeiten und Durchsetzungsvermögen zu gewinnen und im Projekt zu halten. Flache Hierarchien können helfen, Entscheidungsprozesse zu beschleunigen und die Kommunikation und Zusammenarbeit mit allen Beteiligten zu verbessern.

Es ist auch wichtig, den Projekten eine Plattform durch Öffentlichkeitsarbeit zu bieten und den Austausch über Lösungen und Produkte mit den Verantwortlichen und Mitarbeitenden im Projekt zu fördern. Die Kommunikation und Zusammenarbeit können genutzt werden, um die Partizipation zu unterstützen und Akzeptanz bei der Bevölkerung zu schaffen.



Bergbauernhöfe (Zell am See, Österreich)

© Alexandra Brad, Thüringen-Institut

Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

In der lebhaften deutschen Debatte um den Umbau der Daseinsvorsorge spielten Fragen von Brand- und Katastrophenschutz oder technischer Hilfeleistungen bisher nur selten eine Rolle. Einige wenige Untersuchungen zu Motiven und Faktoren des Engagements im Bevölkerungsschutz (Kietzmann et al. 2016, Wenzel et al. 2012) weisen aber darauf hin, dass die ehrenamtliche Erbringung einer kommunalen Pflichtaufgabe durch Freiwillige keinesfalls ein „Selbstläufer“ ist. So wichtig wie die häufig betonte soziale Rolle Freiwilliger Feuerwehren gerade in ländlichen Räumen ist – als ehrenamtliche Institution ist sie ebenso für die Gefahrenabwehr in Deutschland, aber auch in Österreich und weiteren, in InDaLE nicht betrachteten, Ländern unabdingbar.

Vorbeugender und abwehrender Brandschutz können auch mit einem anderen Gewährleistungssystem erbracht werden, das nur zu geringen Teilen auf das Ehrenamt setzt. Dies war die wesentliche Erkenntnis unseres kontrastierenden Vergleichs mit Schottland. Einer der in InDaLE identifizierten übergreifenden Lösungsansätze für die Herausforderungen in diesem Daseinsvorsorgebereich ist eine verbesserte – systematische und sich nicht nur an jüngere Kinder richtende – Brandschutzerziehung. Weitere Erkenntnisse beziehen sich auf eine veränderte Akteurslandschaft und die partielle Verlagerung und Neuverteilung tradierter Verantwortlichkeiten, u. a. mit der Tendenz stärker verbreiteter hauptamtlicher Funktionen. Schließlich stellen sich Fragen nach der künftigen Einsatzfähigkeit und gegebenenfalls notwendiger Anpassungen des Daseinsvorsorgebereichs im Lichte klimawandelbedingter Extremereignisse, die vielerorts an Zahl und an Stärke zunehmen.

In unserer Beschäftigung mit unterschiedlichen Modellprojekten im In- und Ausland sowie unseren vergleichenden Untersuchungen einzelner Projekte haben sich vier Themenbereiche herauskristallisiert, die wir für die Diskussion um die Zukunft der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr bzw. speziell der Freiwilligen Feuerwehren in ländlichen Räumen für wesentlich halten:

Regionale Koordinierung und Unterstützung der Freiwilligen

Das traditionsreiche Feuerwehrsysteem in Deutschland basiert – ebenso wie jenes in unserem Nachbar- und Untersuchungsland Österreich – neben der hohen Zahl an Freiwilligen auch auf dem Örtlichkeitsprinzip (ein Ort = eine Feuerwehr). Angesichts der Herausforderungen des Daseinsvorsorgebereichs der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr ist dieses Organisationsmodell in vielen ländlichen Gemeinden in seiner langfristigen Existenz alles andere als gesichert. Allerdings sind Schließungen und Zusammenlegungen von Feuerwehren vor Ort meist umstritten und kaum politisch erwünscht. Ein potenzieller Lösungsansatz besteht in der regionalen Koordinierung der Gefahrenabwehr, die zu einer Entlastung der örtlichen Feuerwehren führen kann. Damit ist nicht gemeint, dass Feuerwehren zusammengelegt werden sollen, und auch nicht, dass eine neue Hierarchie etwa von Stützpunkt- bzw. Schwerpunktfeuerwehren im Gegensatz zu Ortsfeuerwehren eingeführt werden soll. Vielmehr bezieht sich Regionalisierung auf die Koordinierung bzw. Übernahme eines Teils der nichtoperativen Aufgaben der Feuerwehren auf überörtlicher Ebene und über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus. Dazu zählen z. B. die Wartung von Geräten, gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen, die Organisation gemeinsamer Aus- und Weiterbildung sowie die gezielte (vereinzelte) Einführung von hauptamtlichem Personal. In die konkrete Ausgestaltung einer solchen regionalen bzw. interkommunalen Koordination sind die Ortsfeuerwehren mit einzubeziehen. Die Erfahrungen aus den untersuchten Projekten zeigen, dass auch solch ein eigenständiges regionales Vorgehen eine Mehrebenenkoordination zwischen dem für Brand- und Katastrophenschutz zuständigen Innenministerium, den Landkreisen und Gemeinden erfordert, je nach den gesetzlich festgelegten Zuständigkeiten. Eine regionale Koordinierung der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr kann durch Fördermittel angestoßen und unterstützt werden, muss aber in erster Linie vor Ort politisch erwünscht sein.

Professionalisierung und Ausweitung von Brandschutzerziehung

In Deutschland beschränkt sich die Brandschutzerziehung in der Regel auf den Kindergarten und die Grundschule. Sie ist meist lokal organisiert und so gestaltet, dass den Kindern ein grundlegendes Verständnis vom richtigen Umgang mit Gefahren vermittelt wird. Von Seiten der Feuerwehrverbände und der zuständigen Ministerien ist mittlerweile der Bedarf identifiziert, die Brandschutzerziehung einerseits

zu systematisieren und andererseits in die höheren Schulstufen zu erweitern – unter der Annahme, dass dies zu einer Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für die Anliegen der Feuerwehr führt und sowohl die Einsatzzahlen in der Zukunft reduzieren als auch die Gewinnung neuer Feuerwehrmitglieder verbessern könnte. Voraussetzung dafür ist eine stärkere Professionalisierung der Brandschutzerziehung, die eine Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Ministerien und eine Einbindung von Pädagog:innen in die Gestaltung von Lehrmaterialien voraussetzt. So entstandene (bzw. entstehende) Lehrangebote könnten der Entlastung der örtlichen Feuerwehren bei der Durchführung der Brandschutzerziehung in unterschiedlichen Schulformen und Altersgruppen dienen.

Die in InDaLE analysierten Projekte in Österreich, Schottland und Hessen konzentrieren sich inhaltlich auf die Vermittlung von feuerwehrrelevanten Themen nicht nur z. B. im Sachunterricht, sondern in weiteren Fächern wie Chemie, Geschichte oder Englisch. Dank dieses Wissens können Kinder als Multiplikatoren für die Aufgaben und für den ehrenamtlichen Charakter der Feuerwehren in der Gesellschaft fungieren oder sogar selbst einen Eintritt in die Jugendfeuerwehr erwägen. Ein grundlegendes Erschwernis ist, dass die Brandschutzerziehung kein eigenes Schulfach ist und sich ihre Durchführung in ländlichen Räumen auf das Engagement der meist freiwilligen Kamerad:innen vor Ort stützt, anders als etwa bei der Polizei und der Verkehrserziehung. Dieser Ansatz lässt sich auch schwer in der Fläche koordinieren – selbst wenn unterstützende Angebote für die Brandschutzerziehung zur Verfügung gestellt werden, werden sie nicht automatisch auf der lokalen Ebene übernommen.

Gesellschaftliche Sichtbarkeit der Freiwilligen Feuerwehren und des Ehrenamts

Auch in ländlichen Räumen ist ein Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr, noch dazu über viele Jahre, längst nicht (mehr) selbstverständlich. Veränderte Arbeitswelten und eine langfristig gewandelte soziale und demografische Struktur ländlicher Räume haben dazu wesentlich beigetragen. Zudem dominieren Kostenfragen und Diskussionen zur Effizienzsteigerung in der Daseinsvorsorge Teile der öffentlichen Debatte. Die Feuerwehr ist allerdings nicht nur eine Dienstleistung der Gemeinden, sondern fordert viel ehrenamtliches Engagement, um das – so unsere Vermutung – viele „feuerwehferne“ Bürger:innen kaum wissen. Daher

ist davon auszugehen, dass eine ausgeprägte gesellschaftliche Sichtbarkeit der Freiwilligen Feuerwehren (lokal, regional, überregional) einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung ihrer langfristigen Leistungsfähigkeit leisten könnte. Die in InDaLE durchgeführte Analyse setzte sich unter anderem anhand eines österreichischen Beispiels mit der Mischnutzung von Feuerwehrstandorten, in der auch Räumlichkeiten für lokale Vereine und für Pflichtaufgaben der Gemeinde geschaffen wurden, auseinander. Besonders positiv hervorzuheben ist die gestiegene Zahl der Begegnungen zwischen der Feuerwehr und den lokalen Vereinen (durch die geteilte Nutzung eines Gebäudes), aber auch die Sicherstellung der Tageseinsatzbereitschaft durch die Mitarbeiter:innen kommunaler Betriebe, im Untersuchungsbeispiel des Bauhofs.

Ein solcher Ansatz ist allerdings kein Allheilmittel: Es bleibt kontinuierliche Aufgabe der Feuerwehr und ihrer Verbände, auf unterschiedlichen Ebenen und unterstützt durch die zuständigen Akteure aus Lokalpolitik und -verwaltung, ihre Aufgabenbereiche darzustellen und Sichtbarkeit zu schaffen. Aber eine prominente Stelle in der Gemeinde (und das Signal, dass die Gemeinschaft sie wertschätzt) kann einen Impuls für diese Sichtbarkeit setzen und die Kamerad:innen motivieren. Zugleich sind solche Aktivitäten ein Beleg der Gemeinde zu ihrer Feuerwehr – über die Feuerwehrtechnik hinaus.

„Unter dem Radar“: partielle Verlagerung und Neuverteilung tradierter Verantwortlichkeiten

Die über Jahrzehnte bewährte Aufgabenteilung der kommunalen Pflichtaufgabe der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr, insbesondere des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes und der technischen Hilfeleistung, besteht in ländlichen Räumen in einer fast ausschließlich ehrenamtlichen Erbringung der Hilfeleistung einerseits und der materiell-technischen Ausstattung durch die Städte und Gemeinden andererseits. Doch hat sich die vermeintliche Selbstverständlichkeit der Gewährleistung der Gefahrenabwehr insbesondere in solchen ländlichen Gemeinden längst aufgelöst, die von Bevölkerungsrückgang, Alterung und ökonomischer Strukturschwäche geprägt sind. Zurückgehende, mindestens aber prekäre Mitgliederzahlen stehen einer durch Extremereignisse veränderten Einsatzstruktur und nicht selten damit auch einer höheren Zahl an Einsätzen gegenüber. Zugleich sind



Leitspruch der Feuerwehr (Lehde im Spreewald, Deutschland)

weitere Akteure zu nennen, die für die Gewährleistung der Gefahrenabwehr auf freiwilliger Basis von großer Bedeutung sind – insbesondere die Arbeitgeber, die Mitarbeiter:innen für die Einsätze freistellen bzw. freistellen müssen.

Zwar gibt es seit vielen Jahren immer wieder kritische Selbst- und Fremddiagnosen, die auf die komplexen Herausforderungen und die nicht mehr überall und ständig gewährleistete Brandschutz- und technische Hilfeleistung hinweisen. In einer bundesweiten Perspektive fanden wir jedoch keine Hinweise, dass diese systematisch zur Kenntnis genommen oder aufbereitet würden. Auch lassen sich keine übergreifenden Anstrengungen zur Neuaufstellung des örtlichen Bevölkerungsschutzes erkennen. Stattdessen sind es einzelne Aktive in Ortsfeuerwehren, Landkreisverwaltungen, Feuerwehrverbänden und Innenministerien der Länder, die mit großem persönlichen Engagement und teilweise im Kontext punktueller Förderinitiativen von Bund und Ländern Stellschrauben des Systems zu verändern versuchen.

Unserer Meinung nach lassen sich viele der aktuell erprobten oder propagierten Maßnahmen und Strategien der Zukunftssicherung der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr – die das System der Ehrenamtlichkeit nicht grundlegend in Frage stellen – als Veränderung von Verantwortungsübernahme und -übertragung interpretieren. Dazu gehören beispielsweise die partielle Einführung von Hauptamtlichkeit, die Erweiterung der Altersgrenzen für eine Mitgliedschaft, die Etablierung interkommunaler bzw. intraregionaler Kooperationen oder eine verstärkte Aufmerksamkeit für das Thema Brandschutzerziehung der Bevölkerung, um die Selbstschutzkapazitäten zu verbessern. Die Akteurslandschaft der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr verändert und erweitert sich auf diese Weise, und es werden z. B. private Organisationen, die Bürger:innen oder der Staat auf neue Art und Weise in den Gewährleistungsauftrag einbezogen. Damit lässt sich diese partielle Verlagerung und Neuverteilung tradierter Verantwortlichkeiten als ein beginnender Paradigmenwechsel bezeichnen, dessen Tragweite und mögliche längerfristige Auswirkungen weder in der Praxis noch in der Forschung bislang hinreichend thematisiert werden.

4.2 Unsere Thesen zur erfolgreichen Verstetigung von Modellprojekten



Innenraum Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen (Österreich)

Die herausfordernde Aufgabe der Verstetigung neuer Daseinsvorsorgeangebote – nicht nur, aber insbesondere in ländlichen Räumen mit ökonomischer Struktur- und im demografischen Wandel – erfordert kreative und innovative Strategien, um auf spezifische Rahmenbedingungen, Modelle, technologische Neuerungen sowie veränderte Bedarfe und Bedürfnisse der Bürger:innen bzw. Nutzer:innen reagieren zu können. Die in Thesen formulierten Anforderungen gliedern sich gemäß den vier Wirkungsbereichen der Verstetigung (vgl. Ziff. 2.1).

Inhaltlicher Wirkungsbereich

Innovative Projekte der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen erlangen eher eine Verstetigung, wenn ...

These 1

... sie zielgenau lokale und regionale Bedürfnisse adressieren und diese bei der praktischen Umsetzung flexibel berücksichtigen.

- Modulare Strategien und Kooperationen vor Ort sind zentrale Erfolgsfaktoren, dies zeigen bspw. die Projekte Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr und Fire Reach deutlich. Es können so neue Formen der Zusammenarbeit entstehen, durch Weiterentwicklung bestehender Angebote oder Initiativen (bspw. Ki-Ju-Pall, CoNSENSo) und oft in Verbindung mit digitalen Angeboten (bspw. GrowBiz, Bildung 4.OWL).

These 2

... durch Beteiligung und aktive Vernetzungsarbeit der Gestaltungswille der relevanten Akteure geweckt und unter den Beteiligten Vertrauen und Akzeptanz hergestellt werden.

- Das Projekt und seine Ziele müssen von allen Beteiligten mitgetragen werden und von den Adressaten angenommen, umgesetzt und auch weiter kommuniziert werden (bspw. Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr). Für die nötige Akzeptanz und einen „Vertrauensvorschuss“ etwa für neue Formate der Zusammenarbeit (Ki-Ju-Pall, Fire Reach) benötigt es Erfolge, finanzielle und personelle Ressourcen und vor allem einen „langen Atem“ der Projektverantwortlichen.

These 3

... Wissen und Kapazitäten durch die Weiterbildung der Projektakteure, den Erfahrungs- und Wissensaustausch mit anderen sowie die Reflexion eigener (Lern-) Prozesse aufgebaut werden.

- Innovative und verstetigte Projekte sind lernende Projekte: die Akteur:innen bilden sich weiter und

vernetzen sich über ihr Tätigkeitsfeld hinaus, z. B. arbeiten im Projekt Ki-Ju-Pall Palliativteams mit einer Universität oder Feuerwehren mit Pädagog:innen zusammen (Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr). Die gemeinsame kritische Reflexion der gewählten Strategien ist dabei ein zentraler Faktor.

Organisationsstruktureller Wirkungsbereich

Innovative Projekte der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen erlangen eher eine Verstetigung, wenn ...

These 4

... sie im Rahmen von neuen interkommunalen, intersektoralen und/oder ebenenübergreifenden Kooperationen umgesetzt werden. Zu ihrer Verstetigung sind zudem neue oder angepasste Organisationsformen erforderlich.

- Die Innovation in verstetigten Projekten kann auch in neuen Formen der Zusammenarbeit liegen (bspw. IMPROVE, GrowBiz). Wesentliches Ziel gemeinsamen Handelns kann sein, eine kritische Menge von Nutzer:innen zu gewinnen oder Angebote auch in finanzieller Hinsicht effizient zu gestalten (bspw. Akademi Norr). Im gemeinsamen Diskurs werden Synergien entdeckt, auch um effektiv Lobbyarbeit betreiben zu können (Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr). Kooperation mit politischen Entscheidungsträgern kann zur Einrichtung von Stellen für Koordinator:innen und Multiplikator:innen führen, wie etwa im Projekt Mehr Feuerwehr in die Schule.

These 5

... motivierte und fachlich kompetente Schlüsselpersonen zwischen Ebenen, Sektoren, Disziplinen und deren jeweiligen Logiken vermitteln und sich für die Projekte einsetzen. Fallen sie aus, können die Projekte ihren Antrieb verlieren und eine Verstetigung gefährdet sein.

- Schlüsselpersonen übernehmen koordinierende Aufgaben und forcieren bspw. Kooperationen über die eigenen Projektnetzwerke hinaus. Sie sind oft in



Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen (Österreich)

fachliche Netzwerke und/oder politische Gremien eingebunden (bspw. Ki-Ju-Pall, Akademi Norr, GrowBiz). Ihre hohe persönliche Motivation resultiert auch aus ihrer Fachkenntnis, was ihre Akzeptanz wiederum stark erhöht (bspw. KARMANT, RRHEAL). Es ist daher sehr wichtig, die Stelle der Schlüsselperson zu sichern und zu finanzieren (KARMANT) und insbesondere ihre direkten Netzwerke zu unterstützen. Es ist wichtig, „Funktionen statt Personen“ zu etablieren, um einen Wissensfluss zwischen den Mitarbeitenden und eine Verteilung der Verantwortung zu ermöglichen.

These 6

... das Ehrenamt einerseits entlastet und andererseits auch wertschätzend und ausgewogen für die Erbringung von Projektleistungen eingebunden wird.

- Innovative Projekte der Daseinsvorsorge leben oft von der Balance von ehrenamtlichem Einsatz und professionellen Strukturen. Die hier untersuchten Projekte haben immer einen Anteil an professioneller Begleitung, die auch inhaltliche Projektbausteine übernehmen kann (bspw. Gemeindegewest^{PLUS}, Lingio, Bildung 4.OWL). In der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen müssen Erwartungen abgesteckt und gemeinsame Zielvorstellungen entwickelt werden (Fire Reach). Während Hauptamtliche sich in die institutionellen Rahmenbedingungen einfügen und bspw. verbindliche Standards setzen können (Gemeinsam. Sicher. Feuerwehr), kennen ehrenamtliche Initiativen oft die lokal-regionalen Bedürfnisse besser und können informelles Wissen mit in die Ausgestaltung der Projekte einbringen (GrowBIZ).

Politisch-administrativer Wirkungsbereich

Innovative Projekte der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen erlangen eher eine Verstetigung, wenn ...

These 7

... Kommunalverwaltungen ausreichend personell und finanziell handlungsfähig sind, um die innovativen Ansätze und Lösungen aufzunehmen und weiter zu unterstützen.

- Die Handlungsfähigkeit ländlicher Kommunalverwaltungen ist elementar wichtig für eine erfolgreiche Verstetigung innovativer Projekte in allen drei Daseinsvorsorgebereichen, sei es über direkte Trägerschaft (CoNSENSo, Akademi Norr) oder über zwischengeschaltete Trägerorganisation (KeGL). Auch können sie wichtige Rollen als Ko-Finanzierer einnehmen (IMPROVE, Lingio), oder sie stellen Infrastruktur oder personelle Ressourcen zur Verfügung (Haus der Feuerwehr und Vereine Maishofen, Akademi Norr). Die Mittelverfügbarkeit richtet sich auch nach der politischen Prioritätensetzung in den Kommunen selbst, hinzu kommt das kommunale Spannungsfeld zwischen Pflicht- und freiwilligen Aufgaben. Gerade bei kleinen Gemeinden ist eine auskömmliche (landesseitige) Finanzierung oft unabdingbar.

These 8

... Kommunal- und/oder Landespolitik den Bedarf und die Bedeutung der erprobten Innovationen frühzeitig erkennen und in Form z. B. von Öffentlichkeitsarbeit oder politischer Überzeugungsarbeit unterstützen.

- Politische Prioritätensetzung spielt auch hier eine überaus bedeutsame Rolle. Oft werden der Politik Bedarfe gezielt über Interessenvertretungen verdeutlicht (MONA, Mehr Feuerwehr in die Schule) und nur durch Lobbyarbeit auf die politische Agenda gesetzt (GrowBiz, Cuviva). Mit der Fortführung und Entwicklung innovationsfördernder Programme und der direkten Mitwirkung politischer Vertreter:innen geht u. a. ein höherer Bekanntheitsgrad des Projekts und eine stärkere Legitimation der Ziele und Maßnahmen einher (Akademi Norr).

These 9

... während der Projektlaufzeit genügend politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit generiert wird, sodass die für die Verstetigung nötigen Änderungen im Governance-Modell (z. B. Gesetze, Organisationsformen) des betreffenden Daseinsvorsorgebereichs angestoßen werden.

- Innovative Ansätze sind meist mit neuen Rollen und Organisationsformen der beteiligten Akteure verbunden. Nationale oder internationale Kooperationen, Programme oder Verbundprojekte können dann Ansätze für gemeinsam erarbeitete Lösungen bspw. für ein Governance-Modell sein (RRHEAL). Gesetzliche bzw. regulative Anpassungen sind erforderlich, um die innovativen Ansätze langfristig zukunftsfähig auszugestalten (MONA, KARMANT, KeGL). Auch Gesetzesreformen können Anstoß für innovative Projekte sein (RRHEAL, Gemeindegewest^{PLUS}, Cuviva).

Finanzieller Wirkungsbereich

Innovative Projekte der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen erlangen eher eine Verstetigung, wenn ...

These 10

... die Finanzierung möglichst langfristig gesichert ist. Tragfähige privatwirtschaftliche Geschäfts- und Finanzierungsmodelle oder eine öffentliche Regelfinanzierung sollten der Projektförderung folgen und sind der stetigen Erschließung neuer Förderquellen vorzuziehen.

- Projekte sind eher langfristig erfolgreich, wenn eine Finanzierung zumindest in zentralen Bereichen durch öffentliche Mittel gesichert ist (RRHEAL, Haus der Feuerwehr und Vereine, Mehr Feuerwehr in die Schule), unabhängig von Förder- oder Legislaturperioden. Wenn sich ein Projekt irgendwann selbst trägt, sind heute oft private Investoren im Spiel (Lingio). Wenn jedoch Kommunen ohne externe Fördergeber Projekte finanzieren können, entstehen keine finanziellen Engpässe beim Übergang in die Regelfinanzierung nach Projektende (IMPROVE, Fire Reach). Die projektgebundene Fördermittelakquise ist (zu) zeit- und personalaufwändig (GrowBiz) und bestenfalls eine Überbrückung hin zu einer planbaren langfristigen Finanzierung.

These 11

... Projektakteure in die Lage versetzt werden, trotz komplexer fördertechnischer Anforderungen und starrer Regeln von Förderprogrammen eine stabile Finanzierung zu sichern.

- Struktur und Qualität der Projektabwicklung haben großen Einfluss auf die Verstetigung innovativer Projekte, hierzu gehört auch die transparente Darstellung des Förderrahmens sowie die damit einhergehenden Anforderungen (Fristen, Berichtswesen etc.) durch Informations- und Beratungsangebote. Je klarer, einfacher und flexibler der Förderrahmen aufgestellt ist, desto eher gelingen eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe und eine Verstetigung (Ki-Ju-Pall, MONA, Lingio). Oft wird jedoch bspw. die Weiterbeschäftigung von Personal durch die Förderbedingungen erschwert. Gegenseitige zeitnahe Information, offene Kommunikation und Überzeugungsarbeit sind zentral (Lingio). Auch das Erkennen und gemeinsame Bewerten von Projektrisiken spielen eine wichtige Rolle (Akademi Norr, Bildung 4.OWL, Interkommunales Management Oderland).

4.3 Unsere Handlungsempfehlungen



See (Schweden)

Vergleichende Untersuchungen, zumal international angelegt, haben nach wie vor Seltenheitswert in der raumwissenschaftlichen ebenso wie in der Daseinsvorsorge-Forschung. Dies liegt unter anderem an dem beträchtlichen Aufwand für entsprechende empirische Erhebungen. Unsere Untersuchungen haben bestätigt, dass sich dieser Aufwand gleichwohl lohnt – regen doch ausländische Governance-Modelle und andere Praktiken zum Nachdenken über Alternativen zur Ausgestaltung von Daseinsvorsorgebereichen an. Ebenso erlaubt diese Vorgehensweise Aussagen zur möglichen Übertragbarkeit der gewählten Ansätze, die sich andernfalls, allein auf der Basis von Konzepten und Strategien, so kaum hätten treffen lassen können. Durch das Format verschiedener Workshops und Tagungen in Deutschland konnten zusätzlich Diskussionsprozesse ermöglicht bzw. fortgesetzt werden, die in die Handlungsempfehlungen eingeflossen sind und von denen beide Seiten, Wissenschaft und Praxis, gleichermaßen profitiert haben.

Nachschulische Bildung

→ Koordinierte Erfassung zukünftiger Bildungsbedürfnisse

Um nachschulische Bildungsangebote in ländlichen Räumen sicherzustellen und weiterzuentwickeln, bedürfen diese einer strategischen Ausrichtung. Einen wichtigen Baustein stellt dabei die Zusammenarbeit von Unternehmen, Bildungsanbietern und öffentlichen Verwaltungen dar. Hierfür bietet sich eine zentrale Koordinierungsstelle an. Wie Erfahrungen im Ausland zeigen, bietet die Einrichtung solcher Koordinierungsstellen vielfältige Vorteile. So wird die Dialogkompetenz der einzelnen Kooperationspartner durch moderierte Zusammenkünfte gesteigert und mittels einer transparenten Übersicht über sämtliche Bildungsanbieter werden aufreibende konkurrierende Wettbewerbe vermieden. Überdies können durch gemeinde- und landkreisübergreifende Kooperationen vergleichsweise kleine Nutzergruppen gebündelt und spezialisierte Bildungsangebote leichter realisiert werden.

Eine gemeinsame strategische Bildungsplanung fußt auf dem gegenseitigen Vertrauen der Partner. Sie eröffnet auch die Möglichkeit, eine gemeinsame Fördermitteltaktik abzustimmen, um erfolgreich Fördermittel einzuwerben. Eine zentrale Aufgabe einer Koordinierungsstelle für Bildungsfragen sind zudem regionale Bedarfsanalysen. Ein daraus abgeleitetes bedarfsorientiertes Lernangebot führt einerseits dazu, dass Lernende nach dem Abschluss auch berufliche Perspektiven in der Region haben, während andererseits lokale Unternehmen auf ausgebildetes Fachpersonal zurückgreifen können. So werden Bildungsangebote, die auf die jeweiligen Bedarfe vor Ort abgestimmt sind, zum Standortfaktor für eine Region und können überdies die lokale Lebensqualität erhöhen.

Für die Umsetzung oder Unterstützung zentraler Koordinationsaufgaben bieten sich die Wirtschaftsförderungen der Landkreise, die Industrie- und Handelskammern oder auch die Einrichtungen des Regionalmanagements an. Es ist jedoch zu prüfen, ob die bestehenden Kapazitäten bereits eine effiziente Planung ermöglichen oder ob es einer neu zu etablierenden Koordinierungsstelle bedarf. Überdies sollte bei der Erhebung der Bildungsbedarfe das in der jeweiligen Region zuständige Jobcenter mit eingebunden werden.

- Um den Daseinsvorsorgebereich der nachschulischen Bildung in ländlichen Räumen Deutschlands abzusichern und auszubauen, empfiehlt es sich, ...

... in enger Kooperation mit den lokalen Unternehmen aus der Privatwirtschaft sowie öffentlichen Arbeitgebern die zukünftigen Bildungsbedürfnisse in regelmäßigen Abständen über Bedarfserhebungen zu erfassen. Für diese strategische Planung bedarf es der interkommunalen, regionalen Etablierung einer zentralen Koordination.

→ Verstärkte Nutzung digitaler Mittel

Der Ausbau nachschulischer Bildungsangebote in ländlichen Räumen ist in besonderem Maße auf die Nutzung moderner digitaler Mittel angewiesen. Angesichts der geographischen Hürden, mit denen viele ländliche Räume konfrontiert sind, stellt die Verwendung von digitalen Mitteln einen großen Mehrgewinn dar. Die Entkopplung von Lokalität und Angebot führt dazu, dass große Entfernungen überwunden werden können und dem Einzelnen ein umfangreiches – überregionales, nationales und sogar weltweites – Lernangebot zur Verfügung steht. Voraussetzung für die Inanspruchnahme eines solchen Angebotes ist ein flächendeckender Netzausbau in allen ländlichen Räumen.

Da „Vorort-Lehre“ nicht 1:1 in Online-Formate übertragen werden kann, sondern es entsprechender Anpassungen bedarf, sollte Online-Lehre zukünftig bereits in der Qualifizierung der Lehrkräfte berücksichtigt werden. Bei einer erfolgreichen Umsetzung von Online-Lehre können kritische Mindestanzahlen an Teilnehmenden leichter erreicht werden, da sich mit der Digitalisierung das Einzugsgebiet des Lehrangebots vergrößert. Im Zuge dessen wird die Qualität des Lernangebotes vor Ort gesteigert, während die Kosten durch die größere Anzahl an Nutzenden für den Einzelnen kleiner werden können.

Trotz der vielfältigen Vorteile der Distanzlehre ist ein genügendes Selbstlernpotenzial nicht bei allen Lernenden vorhanden. Es braucht weiterhin Räume der Begegnung und des Austauschs mit anderen Lernenden, z. B. um die Motivation in Anbetracht nach wie vor bestehender Hürden aufrechtzuerhalten. Ebenso sollten vor Ort professionelle Ansprechpersonen vorhanden sein, welche für Rückfragen zur Verfügung stehen und die organisatorischen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Weiterbildung schaffen können. Wie Erfahrungen aus dem Ausland zeigen,

trägt das Vorhandensein von Ansprechpersonen in Online-Formaten zu einer erhöhten Abschlussquote unter den Teilnehmer:innen von Studiengängen sowie Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen bei.

- Um den Daseinsvorsorgebereich der nachschulischen Bildung in ländlichen Räumen Deutschlands abzusichern und auszubauen, empfiehlt es sich, ...

... den geographischen Hürden in ländlichen Räumen mit einem verstärkten Einsatz von digitalen Mitteln entgegenzutreten. Da das eigene Selbstlernpotenzial nicht bei allen Lernenden in ausreichendem Maße gegeben ist, bedarf es dennoch persönlicher Ansprechpersonen vor Ort, sodass eine Kombination aus Distanzlernen und persönlicher Begegnung geschaffen wird.

→ Schaffung und Wertschätzung flexibler, alltagstauglicher Lernangebote

Für die erfolgreiche Etablierung nachschulischer Bildungsangebote in ländlichen Räumen ist es eine wichtige Voraussetzung, dass diese die nötige Anerkennung erfahren und die Teilnehmer:innen an entsprechenden Maßnahmen die nötige Wertschätzung und Förderung erfahren.

Dazu müssen Weiterbildungsangebote im Sinne des Lifelong-Learning und die damit verbundenen Mehrwerte insbesondere auch bei den Arbeitgebern stärker in den Fokus rücken. Hierzu können zielgerichtete Kooperationen zwischen Unternehmen und Bildungsanbietern einen wichtigen Beitrag leisten.

Flexible Bildungsangebote ermöglichen Personengruppen mit familiären wie beruflichen Verpflichtungen ein wohnortnahes – oder sogar ganz von Zuhause zugängliches – Weiterbildungsangebot. Eine besondere Rolle nehmen dabei modular gestaltete Weiterbildungsblöcke ein, die es den Teilnehmer:innen ermöglichen, parallel weiterhin den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Die Ausbildungsdauer ließe sich somit nicht an die absolvierte Lernzeit, sondern vielmehr an das Absolvieren von Modulen knüpfen. Weiterbildung und eine Anpassung des persönlichen Karrierewegs wird somit für eine wachsende Zahl von Menschen ohne einen Wohnortwechsel und trotz Vollzeitjob und Familie möglich, während Arbeitgeber zugleich von einem gut ausgebildeten Personal profitieren.

Insbesondere ländliche Regionen, die mit starken Prozessen des Strukturwandels konfrontiert sind, so zeigen Erfahrungen aus dem Ausland, können aus der gezielten Propagierung nachschulischer Bildungsangebote und deren Förderung eine Stärkung ihrer Resilienz erwarten. Voraussetzung dafür sind nicht zuletzt die Verzahnung verschiedener Bildungsinhalte und eine stärker interdisziplinäre Ausrichtung der Angebote, um den immer komplexer werdenden Herausforderungen, mit denen sich Gesellschaft und Wirtschaft auseinandersetzen müssen, gerecht zu werden.

- Um den Daseinsvorsorgebereich der nachschulischen Bildung in ländlichen Räumen Deutschlands abzusichern und auszubauen, empfiehlt es sich, ...

... ein durchlässiges und flexibles Bildungsgefüge zu etablieren, welches sich den vielfältigen Alltagssituationen der Lernenden anpassen kann. Bildungsbereichsübergreifende Lernangebote ermöglichen hierbei eine Verzahnung und Interdisziplinarität des Wissens, welches insbesondere in ländlichen Räumen gebraucht wird.

Medizinische Versorgung und Pflege

→ Schließen bestehender oder zu erwartender Versorgungslücken

Insbesondere ländliche Räume sind vom demografischen Wandel, also einer Überalterung der Gesellschaft beim gleichzeitigen Wegzug junger Menschen betroffen. Dieses Problem stellt für strukturschwache und zugleich dünn besiedelte Räume mit schwieriger finanzieller Situation eine besondere Herausforderung dar. Die Anforderung zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge im Bereich der medizinischen Versorgung und Pflege besteht vor allem in einer effizienten Nutzung von Ressourcen. Hierbei unterstützen innovative Ansätze und Technologien die Lösungen für die beschriebene Problematik. Wichtige Anforderung dabei ist, neue Angebote so zu entwickeln, dass keine Konkurrenz zu bereits bestehenden und etablierten Lösungen geschaffen wird. Dies erfordert Koordinationsgeschick und Weitsicht.

- Um den Daseinsvorsorgebereich der medizinischen Versorgung und Pflege in ländlichen Räumen Deutschlands abzusichern und auszubauen, empfiehlt es sich, ...

... die Erstellung neuer oder weiterentwickelter Konzepte und Produkte anzustreben, um bestehende oder zu erwartende Versorgungslücken zu schließen. Die Schaffung von Parallelangeboten zu bereits etablierten, ggf. schon finanziell tragfähigen Lösungen und Produkten gilt es zu vermeiden.

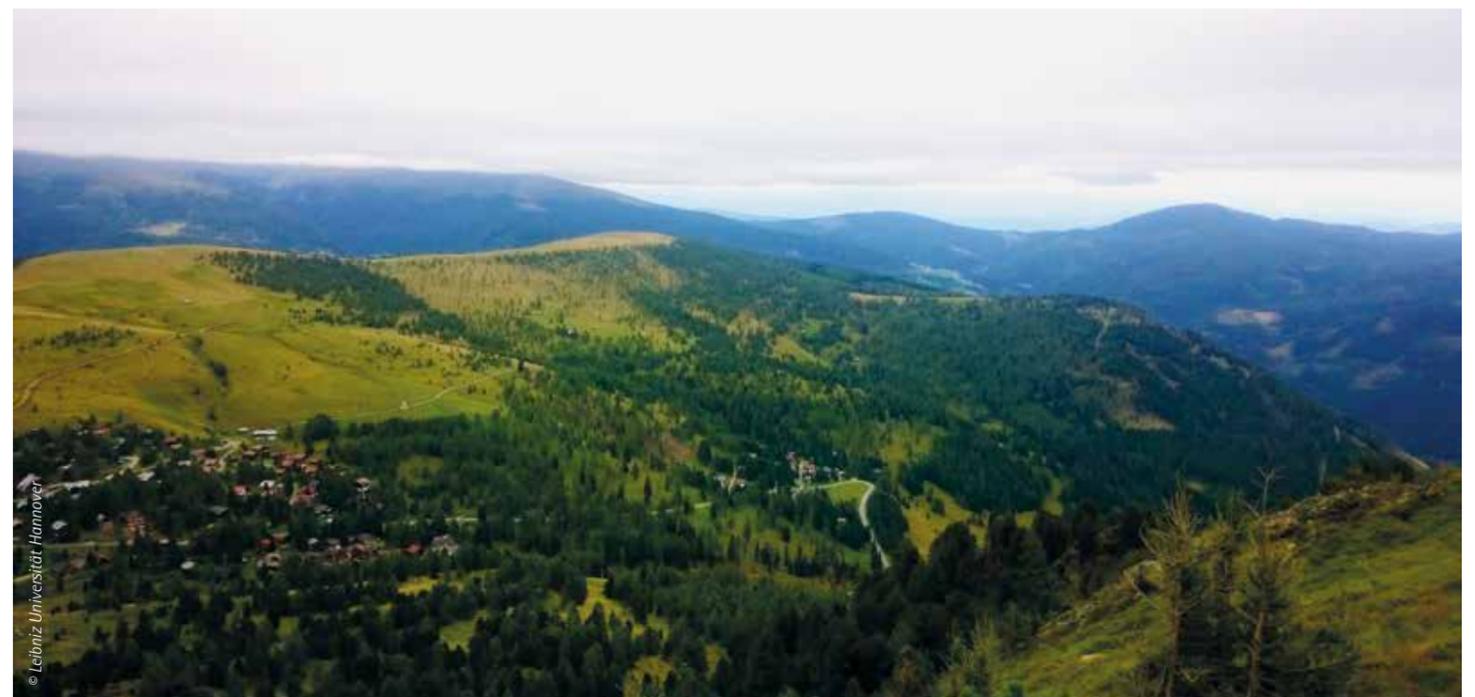
→ Einsatz von E-Health wie Telemedizin und Telemonitoring

Ländliche Räume verfügen häufig über ein weniger dichtes Netz an medizinischer Infrastruktur. Deshalb können besonders hier E-Health-Lösungen in Form verschiedener Anwendungen und Produkte ein großes Innovationspotenzial entfalten, um die Versorgung und Pflege zu verbessern. Digitale Tools ermöglichen den Kontakt zwischen Patient:innen und Betreuenden enger zu gestalten, ohne dass die räumliche Entfernung ein Hemmnis darstellt. Auch die zeitliche Dimension kann überbrückt werden, indem eventuell

anfallende Wartezeiten besser koordiniert und in den eigenen vier Wänden verbracht werden – der Service und Komfort der Betroffenen kann erhöht und eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit erzielt werden. Dies kann nicht nur in Form der Kontaktaufnahme seitens der Patient:innen geschehen, sondern den Betreuenden wird die Möglichkeit der Überwachung und des Monitorings geboten. Aufenthalte im Krankenhaus konnten so deutlich reduziert werden, was insbesondere der älteren Bevölkerung ermöglicht, so viel Zeit wie möglich in den eigenen vier Wänden zu verbringen. So kann neben einer Kosteneinsparung die Qualität der Pflege gesteigert werden, während gleichzeitig Ressourcen effizienter genutzt werden.

- Um den Daseinsvorsorgebereich der medizinischen Versorgung und Pflege in ländlichen Räumen Deutschlands abzusichern und auszubauen, empfiehlt es sich, ...

... innovative Lösungen und Produkte im Bereich E-Health wie Telemedizin und Telemonitoring einzuführen, anzuwenden und zu etablieren. Durch Loslösung der Standortbindung und Überbrückung von Entfernungen kann eine Steigerung der Effizienz und Wirtschaftlichkeit von Leistungen erzielt werden.



© Leibniz Universität Hannover

Dorf in den Bergen (Österreich)



Werbung für die Freiwillige Feuerwehr (Wendland, Deutschland)

→ Förderung interprofessioneller Zusammenarbeit und ganzheitlicher Angebote

Interprofessionelle Zusammenarbeit fördert und strebt die Aufhebung der Trennung der Sektoren der medizinischen Versorgung und Pflege anhand innovativer Lösungen an. Hier steht die Zusammenarbeit verschiedener Fachkräfte sowie privater Akteure wie zum Beispiel der Angehörigen der erkrankten oder pflegebedürftigen Person im Vordergrund. Über die Verknüpfung von Beratung und Koordinierung für pflegebedürftige Personen, die noch zu Hause leben, können Lücken in Pflege und Versorgung überbrückt und somit ganzheitliche Versorgungsangebote geschaffen werden. Durch das Zusammenspiel und die Zusammenarbeit von Betroffenen, Familienmitgliedern, Ehrenamtlichen, Pflegediensten, Ärzt:innen und Krankenhäusern kann eine optimierte Zusammenarbeit und Versorgung geschaffen werden. Aktiver Austausch generiert Mehrwerte, die allen Beteiligten zugutekommen.

- Um den Daseinsvorsorgebereich der medizinischen Versorgung und Pflege in ländlichen Räumen Deutschlands abzusichern und auszubauen, empfiehlt es sich, ...

... innovative Lösungen und Produkte zu priorisieren, die eine Nutzung und Förderung interprofessioneller Zusammenarbeit sowie Wissensaustausch anstreben. Eine Überbrückung der sektoralen Trennung zwischen medizinischer Versorgung und Pflege trägt zur Gewährleistung ganzheitlicher Angebote bei.

→ Bildung, Weiterbildung und Beteiligung aktiv betreiben

Neben der Ausbildung von Fachkräften spielt das Bereitstellen von Weiterbildungsangeboten eine zentrale Rolle, um dem Personal zu ermöglichen, sich auf veränderte Umstände anzupassen und die medizinische Versorgung in ländlichen Räumen weiterhin zu gewährleisten und sogar zu verbessern. Innovative und vor allem niedrigschwellige Ansätze, die auch die Betroffenen und ihre Angehörigen beziehungsweise ehrenamtlich Tätige mit einbeziehen, bilden einen wichtigen Baustein. Insbesondere die Kombination mit E-Health-Services ermöglicht eine verbesserte Betreuung mit effizienterer Ressourcennutzung, Vermittlung von Kenntnissen über die Beantragung von Leistungen und Pflegeleistungen sowie ein verbessertes Erkennen von zusätzlichen Ressourcen und Defiziten.

- Um den Daseinsvorsorgebereich der medizinischen Versorgung und Pflege in ländlichen Räumen Deutschlands abzusichern und auszubauen, empfiehlt es sich, ...

... Menschen über hochwertige und lukrative Ausbildung- sowie Weiterbildungsangebote eine berufliche Perspektive zu bieten. Zugleich können durch Anwerbung von Fachkräften personelle Versorgungslücken geschlossen werden. Im Ehrenamt tätigen Menschen gebührt eine höhere Wertschätzung durch den Ausbau von Unterstützungsangeboten.

Nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr

→ Ehrenamt braucht Hauptamt

In von Bevölkerungsrückgang und -alterung betroffenen Regionen, für die seit längerem ein Mangel an Aktiven und insbesondere an qualifizierten Funktionsträger:innen der Freiwilligen Feuerwehren besteht bzw. ein solcher zu erwarten ist, sollte die Etablierung einer hauptamtlichen regionalen Koordinierungsstelle auf überörtlicher Ebene (z. B. Landkreis oder Amt) erwogen werden. Dies würde den Freiwilligen ermöglichen, sich stärker auf im engeren Sinne feuerwehrbezogene Aufgaben zu konzentrieren. Auch könnten Aus- und Weiterbildung, Gerätewartung und Beschaffungsmaßnahmen effizienter durchgeführt und ein kontinuierlicher Austausch zwischen den Ortswehren über aktuelle Probleme und Lösungsansätze etabliert werden.

- Um den Daseinsvorsorgebereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in ländlichen Räumen Deutschlands langfristig zu gewährleisten, empfiehlt es sich, ...

... dem Ehrenamt auf regionaler Ebene mehr hauptamtliche Unterstützung für koordinatorische, verwaltungsbezogene und Routineaufgaben zur Seite zu stellen, um die Freiwilligen in den Orts- und Gemeindefeuerwehren zu entlasten.

→ Verbesserte Selbstschutzzfähigkeiten der Bevölkerung

Für Freiwillige Feuerwehren ist Brandschutzerziehung (bzw. für Erwachsene: Brandschutzaufklärung) eine von vielen Aufgaben, die im Feuerwehraltag anfallen und in ländlichen Räumen überwiegend von Freiwilligen durchzuführen sind. Dies erfolgt oft individuell engagiert, in der Gesamtschau jedoch eher unsystematisch und ausgehend von den persönlichen Vorlieben und didaktischen Fähigkeiten der Freiwilligen. Eine verbesserte Koordination und Systematisierung der Brandschutzerziehung setzt voraus, dass die Daseinsvorsorgebereiche nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr und Bildung ressort- und ebenenübergreifend zusammenarbeiten. Bislang konzentriert sich Brandschutzerziehung auf Kindergarten- und Grundschul-

kinder, obwohl professionelle und in unterschiedlichen Schulfächern verwendbare Materialien für die Zielgruppe der älteren Kinder und der Jugendlichen vorliegen. Zur Verbesserung der Selbstschutzzfähigkeit der Bevölkerung ist schließlich auch die Brandschutzaufklärung Erwachsener auszuweiten.

- Um den Daseinsvorsorgebereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in ländlichen Räumen Deutschlands langfristig zu gewährleisten, empfiehlt es sich, ...

... im Zusammenspiel aller für Gefahrenabwehr zuständigen Organisationen und Behörden die Selbstschutzzfähigkeiten der Bevölkerung aller Altersklassen zu verbessern.

→ Höhere Sichtbarkeit von Interessenvertretungen

Die Landesfeuerwehrverbände könnten eine führende, mindestens aber aktivere Rolle bei der Formulierung und Koordinierung von Strategien zur Zukunftssicherung Freiwilliger Feuerwehren übernehmen. Die Umsetzung solcher Strategien darf freilich keine Top-down-Lösungen forcieren und sollte nur in steter Rücksprache mit den Ortsfeuerwehren stattfinden. Zugleich sollten die Landesfeuerwehrverbände als zentrale Interessenvertretung neben dem Deutschen Feuerwehrverband immer wieder und stärker als bislang Politik, Medien und Bevölkerung für die Herausforderungen des Ehrenamts in der Gefahrenabwehr und die Probleme der Zukunftssicherung des Modells der Freiwilligen Feuerwehr in Deutschland sensibilisieren.

- Um den Daseinsvorsorgebereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in ländlichen Räumen Deutschlands langfristig zu gewährleisten, empfiehlt es sich, ...

..., dass die Landesfeuerwehrverbände eine aktivere und stärker sichtbare Rolle als Interessenvertretung Freiwilliger Feuerwehren übernehmen.

Vertiefende Informationen

Adam Hernández, A.; Schneider, C. (2021). Experimenting for long-term transformation. Key insights into 20 years of German pilot schemes for innovative rural public service and infrastructure provision. In: Europa XXI, Jg. 41, S. 107-128.

Brad, A., Adam Hernández, A., Steinführer, A. (2022). Governance der Daseinsvorsorge. In: Franz, Y., Heintel, M. (Hrsg.): Kooperative Stadt- und Regionalentwicklung. Wien, S. 110-127.

Brad, A., Adam Hernández, A., Steinführer, A. (2023): Neuverteilung von Verantwortung? Brandschutzziehung als Strategie zur Zukunftssicherung Freiwilliger Feuerwehren. In: Raumforschung und Raumordnung 81, 17 S. <https://doi.org/10.14512/rur.1701> [13.12.2023].

Klöden, J., Weitkamp, A. (2020). Verstärkung innovativer Ansätze der Daseinsvorsorge – Entwicklung eines Verständnisses aus der Perspektive der Innovationsforschung und des Social Entrepreneurships. In: Flächenmanagement und Bodenordnung – fub, Jg. 82, H. 4, S. 151-162.

Ortner, A., Klöden, J., Weitkamp, A. (2023). Förderliche Faktoren für die Verstärkung innovativer Projekte im Bereich der medizinischen Versorgung und Pflege – Eine Fallstudienanalyse schwedischer und österreichischer Initiativen. In: zfv – Zeitschrift für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement, Jg. 148, H. 2, S. 94-107.

Steinführer, A., Brad, A. (2022). Freiwillige Feuerwehren. In: Neu, C. (Hrsg.): Handbuch Daseinsvorsorge. Ein Überblick aus Forschung und Praxis. Berlin, S. 130-141.

Tent, N., Brad, A., Klöden, J., Adam Hernández, A., Bannert, J., Gebauer, A. (2021). A review of the challenges and strategies of delivering services of general interest in European rural areas. In: Europa XXI, Jg. 41, S. 77-105.

Zitierte Literatur

An der Heiden, I., Meyrahn, F., Schweitzer, M., Großmann, A., Stöver, B., Ulrich, P., Wolter, M. (2012). Demografischer Wandel – Auswirkungen auf die Bauwirtschaft durch steigenden Bedarf an stationären und ambulanten Altenpflegeplätzen. Mainz.

Andrzejewska, L., Döbert, H., John, M., Kann, C., Pohl, U., Seveker, M., Siepke, T., Weishaupt, H. (2012). Die Erfassung des lebenslangen Lernens in einem kommunalen Bildungsmonitoring. Handreichung. Bonn.

Arbo, P., Bennworth, P. (2007). Understanding the Regional Contribution of Higher Education Institutions. A Literature Review. OECD Education Working Papers 9. o.O.

ARL (Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft) (Hrsg.) (2022). Ländliche Räume in NRW – Räume mit Zukunftsperspektiven – Schwerpunktthema „Daseinsvorsorge“ – Teil-Positionspapier 4. Positionspapier aus der ARL (132). Hannover.

Batterbury, S., Hill, S. (2004). Assessing the Impact of Higher Education on regional Development: Using a Realist Approach for Policy Enhancement. In: Higher Education Management and Policy, Jg. 16, H. 3, S. 35-52.

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (o.J.). Weiterbildung. <https://www.bmbf.de/bmbf/de/bildung/weiterbildung/weiterbildung> [22.10.2022].

BMG – Bundesministerium für Gesundheit (2022). Aufgaben des Bundesministeriums für Gesundheit. Bundesministerium für Gesundheit. <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/aufgaben-und-organisation/aufgaben.html> [22.10.2022].

BMLFUW – Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2017). Masterplan ländlicher Raum „Aufschwung für den ländlichen Raum“. Wien.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2013). Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen.

BMVBS-Online-Publikation 04/2013. <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/ministerien/bmvbs/bmvbs-online/2013/ON042013.html> [13.12.2013]

BMVI – Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2015). Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen Schwedens, Norditaliens, Österreichs und der Schweiz. BMVI-Online-Publikation 02/2015. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/ministerien/bmvi/bmvi-online/2015/BMVI_Online_02_15.html [13.12.2023].

Boverket (2022). Planning Process. <https://www.boverket.se/en/start/building-in-sweden/developer/planning-process/> [22.10.2022].

Brad, A., Adam Hernández, A., Steinführer, A. (2022). Governance der Daseinsvorsorge. In: Franz, Y., Heintel, M. (Hrsg.): Kooperative Stadt- und Regionalentwicklung. Wien, S. 110-127.

Brake, K., Herfert, G. (Hrsg.) (2012). Reurbanisierung: Materialität und Diskurs in Deutschland. Wiesbaden.

Europäische Kommission (2001). Einen Europäischen Raum des Lebenslanges Lernens schaffen. Brüssel. <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/e5476cc7-f746-4663-9dd0-ec37bb5891bf/language-de> [13.12.2023].

Eurostat (2016). Classification of learning activities (CLA). Manual. Luxemburg. <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3859598/7659750/KS-GQ-15-011-EN-N.pdf> [13.12.2023].

Eurydice (2022a). Germany. <https://eurydice.eacea.ec.europa.eu/national-education-systems/germany/germany-overview> [26.10.2022].

Eurydice (2022b). Sweden. <https://eurydice.eacea.ec.europa.eu/national-education-systems/sweden/sweden> [30.10.2022].

Förster, C. F., Schmid, J., Trick, N. (2014). Die nordischen Länder – Politik in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden. Wiesbaden.

GESUNDHEIT.gv.at (2019). Das Gesundheitswesen im Überblick. Öffentliches Gesundheitsportal Österreichs. <https://www.gesundheit.gv.at/gesundheitsleistungen/gesundheitswesen/gesundheits-system.html> [13.12.2023].

Grunfelder, J., Rispling, L., Norlén, G. (2018). State of the Nordic Region 2018. Copenhagen.

InfoWeb Weiterbildung (o.J.). Glossar – wichtige Begriffe der Weiterbildung. <https://www.iwwb.de/information/Glossar-wichtige-Begriffe-der-Weiterbildung-weiterbildung-82.html> [22.10.2022].

Ismayr, W. (1999). Die politischen Systeme Westeuropas. 2. Auflage, Opladen.

Jann, W., Tiessen, J. (2018). Gesetzgebung im politischen System Schwedens. In: Ismayr, W. (Hrsg.): Gesetzgebung in Westeuropa. EU-Staaten und Europäische Union. Wiesbaden, S. 99-131.

Kietzmann, D., Bischoff, M., Schmidt, S. (2016). Motivationale Aspekte ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz in ländlichen Regionen. In: Herbst, M., Dünkler, F., Stahl, B. (Hrsg.): Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum. Wiesbaden, S. 81-91.

Macintyre, R., Macdonald, J. (2011). Remote from What? Perspectives of Distance Learning Students in Remote Rural Areas of Scotland. In: International Review of Research in Open and Distance Learning, Jg. 12, H. 4, S. 1-16.

Milstein, A. (2018). Daseinsvorsorge. In: ARL (Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft) (Hrsg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Hannover, S. 361-373.

Mose, I. (2022). Die schottischen Highlands and Islands. Wandlungsprozesse einer ländlichen Peripherie. In: Geographische Rundschau H. 6, S. 44-49.

National Records of Scotland (2019). Mid-Year Population Estimates Scotland, Mid-Year 2028. Online unter: <https://www.nrscotland.gov.uk/files/statistics/population-estimates/mid-18/mid-year-pop-est-18-pub.pdf> [23.09.2023].

National Records of Scotland (2022). Projected Population of Scotland (2020-based). <https://www.nrscotland.gov.uk/statistics-and-data/statistics/statistics-by-theme/population/population-projections/population-projections-scotland/2020-based/2020-based-unrevised> [23.09.2023].

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (2000). Thematic Review of Adult Learning. Sweden. Background Report. <https://www.oecd.org/sweden/1892169.pdf> [31.10.2022].

ÖROK – Österreichische Raumordnungskonferenz (2021). Österreichisches Raumentwicklungskonzept; Raum für Wandel 2030. ÖROK Schriftenreihe 210. Wien.

Pilz, M. (2010). Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland – Schottland. Internationales Handbuch der Berufsbildung, hgg. von Bundesinstitut für Berufsbildung. Magdeburg.

Rennie, F. W., Greller, W., Mackay, M. (2002). Review of International Best Practice in Service Delivery to Remote and Rural Areas. Edinburgh.

Schade, H.-J. (2012). Neue Wege im Kampf gegen den Hausärztemangel – Gesundheitliche Versorgung für die Zukunft sichern! In: Standpunkt – Diskussionsimpulse und Konzepte des Landesbüros Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 2. <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/hessen/08854.pdf> [13.12.2023].

Scottish Government (2021): Scotland 2045 – Our Fourth National Planning Framework. <https://www.gov.scot/publications/scotland-2045-fourth-national-planning-framework-draft/documents/> [27.09.2023].

Statista (2022). Scotland – Statistics & Facts. https://www.statista.com/topics/3820/scotland/#topicHeader___wrapper [06.10.2022].

Steinführer, A. (2014). Freiwillige Feuerwehren als Einrichtungen der Daseinsvorsorge – tradiertes Ehrenamt im gesellschaftlichen Wandel. In: Jenki, M., Ellebrecht, N., Kaufmann, S. (Hrsg.): Organisationen und Experten des Notfalls. Zum Wandel von Technik und Kultur bei Feuerwehr und Rettungsdiensten. Berlin, Münster, S. 169-186.

Stielike, J. M. (2018). Sozialstaatliche Verpflichtungen und raumordnerische Möglichkeiten zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Raum, Stadt, Architektur. Interdisziplinäre Zugänge 2. Baden-Baden.

Sturm, R. (Hrsg.) (2019). Länderbericht Großbritannien. Bonn.

Sustainable Development Report (2022). Index Ranking of all 17 SDG's. <https://dashboards.sdgindex.org/rankings> [13.12.2023].

Taylor, L., Murphy, P., Greenhalgh, K. (2018). Scottish fire and rescue services reform 2010-2015. In: Murphy, P., Greenhalgh, K. (Hrsg.): Fire and rescue services: leadership and management perspectives. Cham, S. 191-205.

Tent, N., Brad, A., Klöden, J., Adam Hernández, A., Bannert, J., Gebauer, A. (2021). A review of the challenges and strategies of delivering services of general interest in European rural areas. In: Europa XXI, Jg. 41, S. 77-105.

The Commonwealth Fund (2020). International Health Care System Profiles – Sweden. <https://www.commonwealthfund.org/international-health-policy-center/countries/sweden> [13.12.2023].

Wehling, H.-W. (2007). Großbritannien: Geographie, Geschichte, Wirtschaft, Politik. Darmstadt.

Wenzel, D. et al. (2012). Motivation und Haltekraft im Ehrenamt. Die Bedeutung von Organisationsmerkmalen für Engagement, Wohlbefinden und Verbleib in Freiwilliger Feuerwehr und THW. Freiburg i.B.

Winter, S. (2020). Faktoren der Standortwahl von Hausärzten in ländlichen Räumen – Herausforderungen an die Sicherstellung einer ambulanten medizinischen Daseinsvorsorge. Dissertation an der TU Kaiserslautern. https://kluedo.ub.rptu.de/frontdoor/deliver/index/docId/5979/file/_Dissertation+Stand+2020-05-11+Publikation.pdf [13.12.2023].

Wolff, M., Haase, A., Leibert, T. (2020). Mehr als Schrumpfung und Wachstum? Trends der demographischen Raumentwicklung in Deutschland nach 2011. UFZ Discussion Papers 1/2020. Leipzig.

Wolter, F. (2011). Die Freiwilligen Feuerwehren in Österreich und Deutschland. Eine volkswirtschaftlich-soziologische Bestandsaufnahme. Wiesbaden.

Zapf, W. (1989). Über soziale Innovationen. In: Soziale Welt, Jg. 40, H. 1-2, S. 170-183.

Das InDaLE-Team



Alistair Adam Hernández
Jörn Bannert
Alexandru Brad
Rainer Danielzyk
Alice Gebauer
Ingo Mose
Andreas Ortner
Annett Steinführer
Nathalie Tent
Winrich Voß
Barbara Warner
Alexandra Weitkamp

Es fehlen:
Juliane Freyboth
Carla Rutsch
Christin Schellworth



oben: InDaLE-Forschungsteam 2020 | unten: InDaLE-Forschungsteam 2022

IMPRESSUM

Herausgeber

Leibniz Universität Hannover
Geodätisches Institut
Nienburger Str. 1, 30167 Hannover

DOI: <http://dx.doi.org/10.15488/15910>

Bearbeitung dieser Veröffentlichung

Rainer Danielzyk, Barbara Warner, Alistair Adam Hernández
(ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Hannover)
Ingo Mose, Nathalie Tent, Christin Schellworth, Carla Rutsch
(Carl von Ossietzky Universität Oldenburg)
Annett Steinführer, Alexandru Brad
(Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen, Braunschweig)
Alexandra Weitkamp, Andreas Ortner, Juliane Freyboth
(Technische Universität Dresden)
Winrich Voß, Jörn Bannert, Alice Gebauer
(Leibniz Universität Hannover)

Satz und Layout

Melina Haase, Haasedesign Hannover

Titelbild

Pexels, Markus Spiske

ZITIEREMPFEHLUNG

Danielzyk, Rainer et al. (2023):

Innovative Ansätze der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen –
Lernen von Erfahrungen anderer europäischer Länder für Deutschland (InDaLE).
Herausgegeben vom Geodätischen Institut der Leibniz Universität Hannover.
Hannover. DOI: <http://dx.doi.org/10.15488/15910>, www.indale.org

Hannover, Dezember 2023

